

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Nachr.

**Abonnementspreis** 50 Btg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

**Anzeigen** kosten die Nebengespaltens Kolonelle resp. deren Raum 1.— Mark.  
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 26maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Altenverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.**  
Druck u. Verlag von **Danzmann & Co., Bochum, Niemelshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

### Radbod.

(Die Leichenbergung.)

Bald, bald erreicht ihr die grausige Stadt,  
Wo der Tod so gräßlich gewütet hat,  
Tief unten im Schachte von Radbod. —

Und wenn ihr schaut, was die Tiefe gehehlt,  
Dreihundert Leiber, erstarrt, entseelt —  
Dann wappnet euch, Berger der Toten. —

Und seid ihr nicht Männer von starkem Mut,  
Und rollt in den Adern nicht frisch das Blut,  
So muß euch der Anblick versteinen. —

Sie liegen zu Hauf, sie liegen unstät,  
Wie die Sense des Schnitters sie hingemäht,  
Fernab vom Lichte des Tages. —

Sie liegen zu Hauf, sie liegen allein,  
Verstümmelt, zerlegt, verbrannt das Gebein,  
Die Opfer im Schachte von Radbod. —

Die einen hier und die andern dort,  
Versprengt auf der Flucht nach dem Rettungsort,  
Dreihundert erschlagene Knappen. —

Die Wangen verkohlt, die Augen verglast  
Vom Feuersturm, der hier getobt, geraßt,  
Entsetzlich ist es zu schauen. —

Und seid ihr nicht Männer von starkem Mut,  
Und rollt in den Adern nicht frisch das Blut,  
So muß euch der Anblick versteinen. — B. R.

## Wie man die Herzen der Bergleute verloren hat.

Die „Herzen der Bergleute“ will die preussische Regierung gewinnen. Warum sind die Arbeiter denn eigentlich so mißtrauisch gegen die Regierung und ihre Repräsentanten geworden?

Die Regierungsleute schieben die Schuld selbstverständlich der „sozialdemokratischen Hege“ zu. Der Zentrumsabgeordnete und Gewerkschaftsleiter Herr Jumbusch tut auch so, als ob „die Sache“ sehr verdaulich sei. Herr Brust, der „Schöpfer des Gewerkschafts“, hat wiederholt die „roten Brüder“ als Erzeuger und Schirmer der Unruhen demagogisiert.

Mit demselben Recht kann man dem — Zentrum anhängen, es trage die Schuld an dem Mißtrauen der Bergarbeiter gegen Regierung und Kapitalisten. Herr Dr. Katorp, 1889 Gewerkschaftsführer des Untertagevereins im Ruhrbecken, nannte als vornehmsten Mißhandlungen für den Ausbruch des Streites das Zentrum. Herr Katorp schrieb:

„Was diese Partei und ihre Bestrebungen besonders gefährlich macht, das ist das Banner, unter dem sie zu kämpfen vorgibt. Mit heuchlerischer Miene umhüllt sie ihre wahren Forderungen und Angriffe mit dem Mantel der Religion, und rednet es sich zum besonderen Verdienst an, daß sie es sei, welche es verhindert habe, daß in den Arbeiterkreisen des Bezirks die Sozialdemokratie bis dahin nur wenig Boden gefunden habe. In demselben Atemzuge vertritt sie Grundsätze, die sich von denen der Sozialdemokratie unterscheiden wie ein Ei vom andern.“

Man hat nach dem Urteil der Angegriffenen die Zentrumspartei in sozialer Beziehung gemacht, dieselbe Partei, deren Vertreter im preussischen Landtage die Abgg. Dr. Bell, Brust und Jumbusch als Verhöhnungsprediger vor der Regierung paradierten.

In der Bergwerksindustrie ist mit unerhörter Schnelligkeit ein Verfall eingetreten. Personen, die als halbe Proleten in den Bergwerksbezirk kamen, hinterließen ihren Erben schon ein Millionenvermögen, das sich ohne Zutun der Besitzer laminarartig vergrößert. Neben noch die Eltern mit den Angestellten gemissermaßen als Mitarbeiter betrachtet, die jungen Herren sind auch für ihre Angestellten unheimlich geworden. Die Arbeiter werden überhaupt nur noch als „Betriebsmittel“ eingeschätzt. Das ist eine Tatsache, die jedem Bewusstseinsbesitzer des Bergwerksbezirks wohlbekannt ist. Das Herrentum hat bei den „gut bürgerlichen“ Nutznießern der Grubenausbeutung mindestens so ausgeprägt, wie in den Kreisen der „Geburtsaristokraten“ mit 30 Millionen.

Die Leute sind zu schnell und zu sehr reich geworden! Wie der Mammon auf das Gemüt des Mammonsüßlers einwirkt, erzählt uns schon die Bibel.

Bevor sich dieses Herrentum entwickelte, besaß die Bergbehörde die Bergarbeiter in einem heute märchenhaft anmutenden hohen Maße. Als 1868 das auf Grund des preussischen Knappheitsgesetzes vom Jahre 1854 ergangene Statut des Märkischen Knappheitsvereins den Mitgliedern zur Kenntnis kam, gerieten die Kameraden in große Erregung, stellten teilweise die Arbeit ein, ergrißen sich in leidenschaftlicher Wut an Grubengebänden und qualitätvollen Vertretern. Zur Dämpfung dieser milden Bewegung damals gab es noch keine „sozialdemokratischen Hege“! — wurde militär herangeholt!

Was wollten die Knappen? Sie forderten u. a., die Bergbehörde solle die Verwaltung der Knappheitskasse, wie es vor dem war, beibehalten! Damals besaß die Regierung also noch die Herzen der Bergleute. Aber die Regierung half mit, die Knappheitskassen unter die Herrschaft der Werksbesitzer zu bringen.

Geno bewilligte die Regierung den Werksbesitzern das für die Entwicklung der Bergarbeiterverhältnisse entscheidende Gesetz vom 1. Mai 1860 (preussisch). Durch dieses Gesetz wurden die alten Bergarbeiter unter dem Schutz der Bergarbeitergesetze und des Bergarbeiterlohnes in die Himmelfammer geworfen. Am 29. Juni 1867

daten die Essener Bergleute in einer Immediateingabe an den „Allerdurchlauchtigsten, großmächtigsten König! Allerhöchster Prinz und Herr!“ um Hilfe gegen die willkürliche Schlichtverlängerung, fürvernehmliche Ausbeutung, rücksichtslose Bestraferei usw. Damals besaß die Regierung immer noch das „Herz der Bergleute“. Aber die Regierung erklärte kurzerhand, es sei „alles in Ordnung“, es sei kein Grund zum Einschreiten vorhanden. Welcher Geist die Knappen damals besaß, geht mit aller Deutlichkeit aus einem Passus der Witzschrift hervor, der wörtlich wie folgt lautet:

„... Obwohl wir aber auch so vielen Unglücksfällen ausgesetzt sind, — wie viele Menschen haben nicht allein durch die gefährliche Selbstfahrt ihr Leben verloren — so ist uns doch auch die so schöne und liebgewordene Einrichtung genommen worden, daß die Bergleute vor dem Anfahren gemeinsam mit dem verletzenden Steiger ihr Gebet verrichteten. Anstatt des Morgens mit dem Gebetsbuche, kommen viele Beamte jetzt mit rohen Fischen in die Waschküche und treiben die Bergleute eine Viertelstunde vor Anfahr schon in die Grube. Wenigleich die Schicht durch das Morgengebet um etwa zehn Minuten verkürzt wurde, so ist es doch unverantwortlich, daß dieses Gebet auf fast allen Gruben in Wegfall gebracht worden ist.“

Konserwativ und streng religiös gesinnte Knappen waren es, die sich um Hilfe an die Regierung wandten. Kurzerhand wurden sie abgewiesen. Die Regierung ermunterte das aufsteigende Herrentum der Mammonisten.

Damals war den Arbeitern noch die gewerkschaftliche Veretigung verboten. Die von den „ruhigen Bürgern“ so unangenehm empfundenen Versammlungen und Kongresse durften noch nicht stattfinden. Wir sehen, daß deshalb doch keine Ruhe im Bergwerksbezirk herrschte; wir sehen, daß die Werksbesitzer durch ihre Gewinnsucht die Knappen in eine Bewegung hinein zwangen.

Im Jahre 1869 begann Herr Dr. Witzsch, der Gründer und Führer der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine, die Bergleute in Niederschlesien zu organisieren; inzwischen war durch die Gewerbeordnung das Vereinsverbot aufgehoben.

Kann begann die Hirsch-Dundersche Agitation, da setzte auch die Maßregelungsarbeit der schlesischen Werksbesitzer ein! Alle Veruche Dr. Witzsch, zu einer gütlichen Verständigung mit den Werksbesitzern zu kommen, scheiterten an deren unerbittlicher Herrschaft. Wohlgedacht: auch hier waren es keine „sozialdemokratischen Hege“, sondern „naatsverhaltende, königstreue Elemente“, die verurteilten, mit guten Worten und außerordentlich weitem Entgegenkommen das „Herz der Bergleute“ der Regierung zu erhalten.

Was war die Folge? Schroffe Ablehnung aller, aber auch der bescheidensten Arbeiterwünsche, aufreizende Maßregelungen, die schließlich am 1. Dezember 1869 zu dem denkwürdigen, achtwöchigen Streik der Waldenburger Bergleute führten! Die Grubenherren forderten die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit nicht nur, sondern jeder Aufstehende mußte aus folgenden Sklavenrevers unterschreiben:

„Durch meine Unterschrift verpflichte ich mich sofort aus dem Gewerksverein deutscher Bergarbeiter (Hirsch-Dunder) auszuschneiden, auch keinem Vereine, welcher ähnliche Zwecke verfolgt, wie sie das gegenwärtige Statut des Gewerksvereins kennzeichnet, für die Folge beizutreten oder Beiträge an derartige Vereinstaffeln zu leisten. Ich unterwerfe mich, falls ich diesem Versprechen nicht nachkommen sollte, der Strafe sofortiger Entlassung aus der Werksarbeit.“

Durch diesen Akt war beabsichtigt, den Bergarbeitern das ihnen eben gesetzlich gewährte Vereinsgesetzrecht zu rauben.

Was tat da die Regierung, als sie die Pflicht hatte, dem Gesetze auch gegen die Zehnherrn Achtung zu verschaffen? Was tat die Regierung, um sich die „Herzen der Bergleute“ zu sichern?

Die am 10. Dezember in das Streikrevier gekommenen Regierungskommissare erließen am 12. Dezember folgende Erklärung:

„Die in Umlauf gekommenen Gerüchte, als ob der von den Bergleuten des Waldenburger und des Gottesberger Reviers gebildete Gewerksverein die Billigung der königlichen Staatsbehörden finde, und als ob dessen Bestrebungen höheren Orts gebilligt würden, beruhen auf Unwahrheit. Die unterzeichneten Ministerialkommissare erachten die Forderungen der Grubengewerkschaften, daß die Bergleute aus dem Gewerksverein scheiden, für völlig gerechtfertigt. Es kann daher den Bergleuten nur der Rat erteilt werden unter Ausstellung des von den Grubengewerkschaften verlangten Reverses über den Austritt aus dem Gewerksverein zur Arbeit zurückzukehren.“

Waldenburg, den 12. Dezember 1869.

[gez.] Lindig, [gez.] Freiherr von Hynsch, Geheimer Bergrat. Oberbergrat.

Die Regierungsvertreter besaßen sich, der Mit- und Nachwelt wissen zu lassen, daß die Regierung nicht einmal den zur Herbeiführung eines „harmonischen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit“ gegründeten Hirsch-Dunderschen Gewerkverein billigt! Die Regierungsvertreter erklären die faktische Aufhebung des Vereinsgesetzes durch die Zehnherrn für „völlig gerechtfertigt“. Die Regierungsvertreter fordern die Arbeiter auf, den „völlig gerechtfertigten“ Sklavenrevers zu unterschreiben!

Auf diese Weise hat die Regierung, bevor die „sozialdemokratischen Hege“ austraten, es gründlich verstanden, sich die „Herzen der Bergarbeiter“ zu entfremden, den alten Glauben an die Unparteilichkeit der Bergbehörden gründlich zu beseitigen.

Mit Vertrauen auf die Arbeiterfreundlichkeit der Regierung nahen sich ihr die Bergarbeiter, bittend um Einschreiten gegen den kapitalistischen Raubbau. Die Bergarbeiter forderten geradezu, die Bergbehörde solle wieder in das alte, vertrauliche Verhältnis zu den Knappen treten. Diesen reichen Fundus von Vertrauen haben Regierung und Bergbehörden in überraschend kurzer Zeit völlig verarmt!

Bevor die Sozialdemokratie in die Bergreviere Eingang fand! Lange bevor der Bergarbeiterverband existierte! Das haben sich die Regierungsherren und die Landtagsboten zur Notiz zu nehmen.

„Unsere Schuld, unsere höchste Schuld ist es, daß heute die Bergleute so erbittert mißtrauisch gegen uns geworden sind! — So müssen wir die Regierungsführer und daraus den Schluß ziehen, die „Herzen der Bergleute“ durch eine ehrliebe Bewilligung ihrer wohlbegründeten Forderungen zu gewinnen.“

## Was wir wollen.

Die neue Berggesetznovelle, die bekanntlich einer 28gliedrigen Kommission des preussischen Landtages zur näheren Beratung überwiesen worden ist, hat, wie vorauszusehen war, die Frage der Arbeiterkontrolle noch mehr wie bisher in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gedrängt. Soll doch über die Frage entschieden werden, ob die Arbeiter das Recht erhalten sollen — zunächst im Bergbau — mitbestimmend zu sein in der Kontrolle der Betriebe, soweit sie der Sicherheit der Arbeiter dient. Die Realisierung dieser Frage ist eine weitere Durchbrechung eines alten Prinzips, das die Arbeiter nur in der Stellung der allein Gehorchenden und Rechtlosen sehen wollte. Dieses Prinzip ist durch die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte vielfach durchbrochen worden und wo nicht, da war es die aufstrebende Arbeiterklasse und ihre Organisationen, ihre gewerkschaftliche und politische Tätigkeit, die nachhelfte, daß diesem Prinzip der Boden mehr und immer mehr entzogen wurde. Die Arbeiterklasse von heute ist nicht mehr zu behandeln, wie die Arbeiter von ehemals. Was zu Großvaters Zeiten vorhanden war an Arbeitermißachtung und Arbeiterentrechtung gilt heute vielfach als überwundenen Standpunkt.

Die Arbeiterschaft ist selbstbewusster und gebildeter geworden, sie ringt darum nach den Höhen des Lebens hinauf, wo die anderen stehen. Wenn sich die Arbeiter bisher nicht haben die Gleichberechtigung erkämpfen können, so streben sie doch nach Mitbestimmungsrecht, wo sie als Faktor in Mitleidenschaft gezogen werden, wo es für sie was zu verlieren oder zu gewinnen gibt. Und die Tätigkeit der Arbeiter z. B. in den Versicherungszweigen der sozialpolitischen Gesetzgebung, in den Parlamenten, in den Kommunen und anderswo zeigt an, daß sie auch wissen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Solche Arbeiter noch als unmündig behandeln zu wollen, sie unter den einseitigen und veralteten Herrenstandpunkt zwingen zu wollen, ist etwel wie höchst lächerlich. Die Arbeiter fordern das Recht der Mitbestimmung, das den Beteiligten zusteht und mit größerem Recht, wenn bei ihnen als Beteiligte ihre Gesundheit und ihr Leben auf dem Spiele steht. Der Arbeiter verfügt über kein anderes Vermögen, das ihn ernährt und schützt, als sein Können und seine Arbeitskraft. Verliert der Arbeiter beides, verliert er die Existenzbedingungen für sich und seine Angehörigen. Die Gesundheit ist das kostbarste Gut des Arbeiters; deren unnatürliche Vernichtung, oder gar die unnatürliche Vernichtung des Lebens muß als ein schlimmes Verbrechen gelten. Von diesem Standpunkt gehen wir nicht ab. Wenn sich nun Organe finden, die uns darum den Vorwurf machen, wir stellten angesichts der hohen Opfer, die der Bergbau frisst, die Besitzer der Gruben als Mörder und Räuber hin — wie das z. B. durch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ mehrfach geschehen ist, so franken diese Organe an einer überhöhten Phantastik! Wir haben nie anders gesprochen als vom Mörder-system!

Das System im Bergbau frisst massenhaft die Menschenleiber. Diesem System gilt der Kampf, wie den Stützen und Verfestern eines solchen menschenmordenden Systems. Vor der Person haben wir Halt gemacht. Wir sehen nicht, auch nicht in den ausgefallensten Herrenmenschen ein Subjekt, das frivoaler Weise und aus Uebermut Verbrechen sich zu Schulden kommen läßt. Aber wir bekämpfen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Schäden, die sich aus einem schandwürdigen System ergeben und wir bekämpfen das letztere selbst. Das sind wir uns und den Bergleuten schuldig. Man höre doch endlich auf, unsern Kampf auf so kleinlichen Gesichtspunkten heraus zu beurteilen. Das sollte man Nichtswitzlern und Rannegleibern überlassen. Freilich, der Kampf ist da, er tobt, er erschüttert die Ruhe. Aber es ist nicht der Kampf von Person zu Person, sondern von Klasse zu Klasse, wenn die Grenzlinien hier auch eng gezogen sind. Die Bergarbeiter kämpfen um Betenshutz und sie stoßen auf Widerstand bei den Bergwerksbesitzern und deren Anhängern. Es ist natürlich, daß die Bergarbeiter hierbei zweifellos die gesamte Arbeiterschaft, die Bergwerksbesitzer aber nicht den übrigen Teil der Bevölkerung auf ihrer Seite haben. Warum es so ist, ist überflüssig an dieser Stelle nachzuweisen. Wir wehren uns nur gegen Unterstellungen, die auch andere Bevölkerungsgruppen als die Bergwerksbesitzer gegen uns aufbringen sollen.

Mitbestimmungsrecht verlangen die Bergarbeiter, verlangen auch wir als ihre Vertreter, wenn es sich um die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse handelt, daselbe verlangen wir in den Einrichtungen, die sonstwie in das Leben der Arbeiter eingreifen, aber wir verlangen das Mitbestimmungsrecht ganz besonders da, wo es gilt, das kostbare Gut der Arbeiter, die Arbeitskraft, vor einer unnatürlichen und rücksichtslosen Ausbeutung und schließlich Vernichtung zu schützen. Was das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter fördert, findet bei uns den Beifall. In diesem Sinne begründen wir es ja auch, daß die neue Berggesetznovelle den Bergarbeitern in ihrem Verlangen ein wenig entgegenkommt — leider nur zu wenig. Gehört doch die Berggesetznovelle zu den Teilen unserer Gesetzgebung, die dem im Anfang erwähnten Prinzip weitere heftige Stöße versetzen und das ist gut so.

Wir gestehen auch ein, daß es Bergarbeiter gibt, die sich mit dem, was die preussische Regierung in ihrer Berggesetznovelle bietet, zufrieden geben. Höchstens, daß sie hier und da noch auf kleine Verbesserungen in der Berggesetznovelle drängen. Wir gehören nicht zu diesen Leuten, aber wir haben, nachdem der „Gewerksverein christlicher Bergarbeiter“ in seinem Organ wie durch seinen Abgeordneten im preussischen Landtag seine Stellungnahme zur genannten Novelle festgelegt und offenbart hat, keinen Grund uns selbst und anderen etwas vorzutäuschen. Die Führer der christlichen Bergarbeiter haben nach alt bekannten Manövern, aus taktischen Erwägungen heraus, den Inhalt der Berggesetznovelle akzeptiert und akzeptiert haben sie Mängel dieser Novelle. Und solange diese Führer nicht von den christlichen Bergarbeitern zuricht gewiesen werden, müssen wir anerkennen, daß diese mit den Schritten ihrer Führer sich ausöhnen werden oder schon ausgeöhnt haben. Der Zeit der christlichen Arbeiterschaft, der dennoch mit seinen Führern nicht einverstanden ist, hat bisher nicht den Mut besessen, für seine Anschauungen in der Öffentlichkeit einzutreten. Ob es ihrer noch so viele sind, ihre Zahl wie ihr Verlangen kann z. B. nicht in Frage kommen, wenn sie stillschweigend das Tun ihrer Organisationsführer



entgegenende Disziplin zu bewahren, die schon oft genug bei dem christlich-organisierten Teil sich gezeigt hat, zu seinem eigenen und zum Schaden der gesamten Bergarbeiterschaft. Dasselbe erleben wir jetzt.

Viele lange Jahre bewegten sich die Forderungen der christlichen Bergarbeiter und ihrer Organisation in der gleichen Richtung wie die Forderungen des Bergarbeiterverbandes, soweit die Kontrolle der Gruben durch Arbeiter in Frage kam. Meinungsverschiedenheiten hat es in dieser Frage zwischen den Bergarbeiterverbänden bisher nicht gegeben. Hatte es solche gegeben, sie wären gewiss zutage getreten auf den gemeinschaftlich abgehaltenen Kongressen der Bergarbeiterverbände in Berlin und Essen, in den Jahren 1905 und 1906, wo die Forderungen der Bergarbeiter auf Einführung der Arbeiterkontrolle lebhaft diskutiert wurden. Auf beiden Kongressen wurde der alte Grundgedanke ausgesprochen, daß man auf völlige Unabhängigkeit dieser Arbeiterkontrollen von den Grubenbesitzern zu sehen habe, wenn eine Kontrolle sich überhaupt wirksam gestalten sollte.

Zuletzt gegen die christlichen Gewerkschaften noch bis in die jüngste Zeit hinein von Ort zu Ort und wirkten für diese Unabhängigkeit unter Zustimmung der christlichen Bergarbeiter. Jetzt auf einmal, sozusagen über Nacht, geben die christlichen Führer ihre alten Anschauungen preis, verlassen die Jahrelang von ihnen als praktische Bergarbeiter beschrittenen Bahnen. Ueber Nacht wollen sie auf einmal erkannt haben, daß die zwanzig Jahre alte Forderung der Bergarbeiter fallen zu lassen sei im Interesse der Bergarbeiter und der Kontrolle der Gruben? Ueber Nacht — und die Führer des christlichen Gewerkschafts wollen der Welt plausibel machen, daß über Nacht mit ihnen auch ihre Anhänger gleichen Sinnes geworden sind! Solches auszusprechen ist eine Beleidigung der christlichen Bergarbeiterschaft. Also, wir nehmen mit Recht an, daß ein großer Teil der christlichen Gewerkschaftenmitglieder den Gesinnungswechsel ihrer Führer nicht wird verstehen. Wenn doch, sind sie zu bedauern.

Wir haben jetzt Gelegenheit, im Organ des christlichen Gewerkschafts, im „Bergknappen“ (Nr. 9 vom 27. Februar) die Gründe kennen zu lernen, die die Gewerkschaftsleitung veranlaßt haben sollen, umzuschwenken. Herr Effert hat diese Gründe auch einer Anzahl Zeitungszeitungen mitgeteilt, d. h. soweit sie die Materie selbst betreffen. Die Gewerkschaftsführer sind klug genug, der Öffentlichkeit von der wirklichen Kulissenchere, wie sie in den letzten Wochen und Monaten vor sich gegangen ist, nichts mitzuteilen. Was sie als Gründe angeben, sind scheinbare Gründe, nicht die wirklichen. Würden sie über die Sache selbst und allein nur anderer Anschauungen, dann hätte eine gegenseitige Wertschätzung der Verbände untereinander die Klärung geschaffen. Wir hätten den Gewerkschaften mit auf dem Kongress in Berlin begrüßen können. So aber sind die Ursachen der Meinungsverschiedenheit und der Unklarheit ganz wo anders zu suchen, als wie man angibt. Wir haben i. S. mitteilen können, wie die christlichen Gewerkschaftsführer bei der Bergarbeiter-Vorlage und bei der Knappheitsnovelle sich verhalten haben, wie damals die Schieber waren, die den Bergarbeiterbetrug vollendeten, und wir werden auch in Sachen der jetzigen Bergknappheitsnovelle bekommen, wer die eigentlichen Macher für den öffentlichen Betrug der Bergarbeiter, wie er jetzt wieder innerhalb des christlichen Gewerkschafts vor sich geht, sind. Abwarten.

Doch sehen wir zu, was die angegebenen Gründe sind, die die Gewerkschaftsleitung stützen sollen. „Verdächtig“ erscheint da dem Gewerkschaften, daß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ den Vorschlag des Bergarbeiterkongresses — der sich aufbaut auf die alten Bergarbeiterforderungen — akzeptiert und den der Regierung in ihrer Novelle bekämpft. Ja, man ist christlichseits sogar soweit gegangen, dem Verband vorzuwerfen, daß er „Arm in Arm mit den Scharfmachern“ marschiert. Dem Verband wird die „Verfälschung“ dann stark angelastet. Daß man die Verbandsführer nicht offen als bezahlte Kreaturen der Scharfmacher denunziert, ist alles. Wir beleidigen den gesunden Menschenverstand, wählten wir uns solcher Auswüchse und Zusätze erwehren. Wenn einigen Bergwerksbesitzern die Vorschläge des Bergarbeiterverbandes, die, wie gesagt, auch die jahrelangen Forderungen der christlichen Bergarbeiterschaft widerspiegeln, vernünftiger erscheinen, als das, was die preussische Regierung den Bergbau besser will, so ist das eine Angelegenheit, die wir für wertvoll genug halten, sie festzustellen, aber irgend welchen Einfluß auf unsere Haltung kann sie nicht ausüben, weil unsere Haltung ja seit zwei Jahrzehnten festgelegt ist. Wir behandeln das Zugeständnis der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ genau so, wie Zugeständnisse und Anschauungen von Unternehmern z. B. in der Frage der Tarifverträge. Wer da von einer abgeschlossenen Harmonie, von einem brüderlichen Bündnis zwischen uns und den Unternehmern faselt, der zeigt nur, wie verlegen und verzogen er ist. Und so geht es dem Gewerkschaften.

Anders steht es mit dem Einwand, den der Gewerkschaften ins Feld führt und das ist, daß er die im Arbeitsverhältnis verbleibenden Grubenkontrollen für wirksamer hält, als solche, die unabhängig von der Grube stehen bezw. vom Staate besoldet werden. Der „Bergknappe“ meint da, daß bei den letzteren es sich nur um eine „weitere untergeordnete Sorte von Einfahrern handeln kann“. Und damit wäre den Bergleuten nicht geholfen. Um den Unterschied zwischen vom Staate angestellten und solchen von Arbeitern gewählten Kontrollen braucht sich ein christliches Gewerkschaftsorgan nicht den Kopf zu zerbrechen, ihm genügen auch die unsinnlichen Behauptungen, wenn sie nur den Zweck nicht verfehlen. Man führt nicht, wie man sich lächerlich macht. Handelte es sich nicht um eine so ernste Sache, uns könnten die tollen Sprünge der Gewerkschaftsführer lustig stimmen. Das einzigste, was als Einwand gelten kann und was einer Prüfung unterworfen werden könnte, sind die Auslassungen christlicherseits, daß die im Arbeitsverhältnis verbleibenden Kontrollen — so wie sie die Regierungsnovelle vorstelt — in ständiger enger Fühlung mit ihren Arbeitskameraden stehen bleiben und daß sie eine eingehende Kenntnis des betreffenden Reviers besitzen. Sie können jeder vorhandenen Gefahr und auch plötzlich auftretenden Gefahren bei entsprechendem Zusammenwirken mit den Wählern entgegenzutreten, wenn — ja wenn die Kontrollen die Befugnisse haben werden, selbständig handeln bezw. eingreifen zu können. Die Gewerkschaftsführer vergessen nur, daß bei plötzlich auftretenden Gefahren nach der Regierungsvorlage dem Sicherheitsmann nur das Recht der Weitermeldung dieser Gefahren bleibt. Das Recht des persönlichen und sofortigen Eingreifens ist den Sicherheitsmännern in der Novelle nicht gegeben und verliert wir die Erhebung der Novelle zum Gesetz ab, und wir werden erleben, daß hier das Recht des selbständigen Handelns bei plötzlich auftretenden Gefahren auch verartig behandelt worden ist, daß es dem Sicherheitsmann so ergeht, wie dem alten Bürgeroldaten, dem man den Säbel in der Scheide festgebunden hatte.

Der Sicherheitsmann meldet das Vorhandensein der Gefahren dem nächsten Vorgesetzten, dieser dem Betriebsführer, dieser eventuell dem Bergwerksbeamten. Und wenn dann die Gefahren erkannt worden sind, werden sie abgestellt! Unter Umständen kann die Verwaltung sogar die Befahrung verbieten. Aber das kann schließlich aus der Novelle ausgemergelt werden. Es können hier und da Erweiterungen eintreten. Aber selbst dann, wenn den Arbeiterkontrollen die weitgehendsten Befugnisse zu teil werden, so ist doch in Betracht zu ziehen, daß das Arbeitsverhältnis den Kontrollen zwingt, sich entweder Reklamation aufzuerlegen oder aber sich mit dem Gedanken abzufinden, daß schließlich der Wertscherr es in der Hand hat, das Arbeitsverhältnis des Kontrollen so zu gestalten, daß er selbst ganz lausig geht. In der Praxis zeigen sich die Dinge so, wie es mit der Verwaltung verfahren hat, der letzteren zu fühlen. So oder so. Der „Bergknappe“ sagt, dem sei

schon zu begegnen. Und in einer Versammlung führte Effert aus, daß z. B. bei Vorkontrollen die Organisation den Anfall des Lohnes decken sollte! Im Gewerkschaften würde bei Maßnahmen von Aufsichtsmitteln usw. heute schon so gehandelt. Das sind schöne Worte, weiter nichts. Wenn die Kontrolle durch solche Maßnahmen schon unterstützt werden muß, dann fängt an die Kontrolle zur Karrikatur zu werden. Nein auch die Organisationen haben zur Zeit keine anderen Mittel, ihre Mitglieder vor Maßnahmen zu schützen, als den Streik. Was der Gewerkschaften anwendet, entzieht den Kontrollen nicht von den Unfällen. Nein darauf muß gesehen werden, daß die vollste Unabhängigkeit, nicht nur die Selbstständigkeit, gesichert bleibt. Und das kann nur der Fall sein, wenn der Kontrollen vor Maßnahmen jeder Art geschützt ist. Wenn gesagt wird, daß der Kontrollen im Arbeitsverhältnis die beste Kenntnis habe vom Revier und die engste Fühlung mit den Arbeitern, so ist doch festzuhalten, daß die Kontrolle nicht von der Kenntnis des Kontrollen allein abhängig ist, sondern auch von den Kenntnissen der Bergarbeiter. Diese arbeiten doch auch in den Gefahren und sie werden die Gefahren, wenn nicht, muß der Kontrollen sie entdecken. Entdecken wird sie aber doch wohl nur der freigestellte Kontrollen, der nicht freigestellte ist an vorgeschriebene Befehle gebunden. Den Arbeiterkontrollen darf keine Abhängigkeit und Gebundenheit in der Kontrolle einschränken, und wenn nötig, muß er sofort Selbstständigkeit besitzen, sofort einzugreifen. Eine Kontrolle, beeinflusst und reguliert durch die Gewerkschaftsverwaltung, ist nur eine gedächte Kontrolle oder gar keine. Und darum fordern wir nach wie vor, ein anderes System als wie es die Bergknappheitsnovelle vorstelt. Unabhängigkeit der Arbeiterkontrollen in erster Linie, Selbstständigkeit in weltlichem Maße. Wenn eine staatliche Befolgung beides beeinflusst und zu verringern versucht, dann sind wir sogar der Meinung, daß die Befolgung von den Arbeitern selbst übernommen wird.

### Die Organisationen der Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten.

Von Haggin.

II.

Die Western Federation of Miners ist die stolze Bannerträgerin der modernen Gewerkschaftsbewegung Amerikas. Im ganzen Lande ist keine Gewerkschaft, die sich mit ihr an Entschlossenheit, Ueberzeugungsstärke, Erfolge und Weltblick messen könnte. Mit ihrem Einzug in die Minenbezirke, das sind zumeist weitentlegene Wüsteneien, Prärien, Gebirgsgehäusen, entweichend den Arbeitsstätten über und unter der Erde das Gefühl der Verlorenheit und Rechtlosigkeit. Mit ihrem Erscheinen erhalten die Bergleute einen ethischen, intransigenten Vertreter ihrer Interessen und die Grubenmagnaten, der Trutz, einen unerbrochenen, kampfbereiten Feind. Ihr Name hat für die Minenflauen denselben Klang, wie das Wort Cromwell für die Kinder Irlands.

Die Wahrheit dieses Satzes wird erst evident, wenn man die Zustände in Amerika im Allgemeinen und die in den Erzdistrikten im Besonderen kennt. Wird in diesem ausgedehnten Lande ein Minenunternehmen geplant, so werden Arbeiter unter allen möglichen Verprechungen herbeigekockt, oder sie werden gleich per Eisenbahn Waggonweise von den Einwanderungshäfen herbeigeschafft. Das Arbeitsverhältnis kann man getrocknet mit Bronarbeit bezeichnen. Wenn es auch nicht allgemein ist, wie längst in Illinois und anderen Orten, daß das Unternehmen mit Pallhaden, die gekrönt mit elektrisch geladenem Kupferdraht, oder Stachelndraht, umzäunt ist und Wächter mit scharf geladenen Flinten jeden Flüchtling niederknallen, so ist es in vielen Fällen doch nicht viel anders.

Mit dem ehernen Zwang, Mehrwert für die Kompagnie zu schaffen, erhält der Arbeiter auch die Pflicht, in deren Leben seinen Lebensbedarf zu decken. Wer das letztere nicht will, hat nichts zu beikeln. Die Arbeiter wohnen in Höhlen, Zelten, oder aus Leinwand konstruierten Behausungen. Nach und nach gruppieren sich Häuser um die Mine, Straßen wachsen, der Bau für eine Eisenbahn wird profitierend, Krämer handeln, Wirte schenken, kurz, ein Dorf ist entstanden. Dann wird dem neuen Gemeinwesen das Zeichen der kapitalistischen Zivilisation aufgedrückt, ein Gefängnis mit Nichthaus wird errichtet, daran eine Kirche angelehnt, in diese ein Richter, Büttel und Pfarrer gesetzt und unsere kapitalistische Zivilisation ist um eine Filiale reicher geworden. Dem souveränen Bürger dieses „freien Landes der Welt“ ist die verfassungsgemäß garantierte Freiheit wiederum sichergestellt und kann nun rücksichtslos besungen werden.

Bei der Auswahl der Arbeiter hat der Agent Vorsicht walten zu lassen. Nach Berufskenntnis wird in den Minenbezirken kaum gefragt, nach Intelligenz noch weniger. Dafür aber umso mehr nach geübten, kräftigen Knochen. Nur diese mit jenen Korrelaten verbunden eine hohe Profitrate. Ein Stolz (Süd-) Italiener, „Dagos“ genannt, ein Häuflein Finnen, von den sieben slavischen Nationen Oesterreichs je eine Kolonne, ein Häuflein Wallachen mit einer beschränkten Anzahl englisch sprechender, die zur Verständigung notwendig sind und an die beiden Plätze gestellt werden und auch etwas besser bezahlt und behandelt werden, damit man sie gegebenenfalls gegen die „Huns“ (Slaven) und „Dagos“ (Italiener) erfolgreich auszuspielen kann. „Eine derart gemischte Arbeitererschaft gibt einen guten Arbeiterhaufen“, sagte der Volkskönig Fried. Damit hat er nach Lage der Dinge so Unrecht nicht — von seinem Standpunkt aus.

Der Lohn fällt gar oft schon am ersten Zahlungstag geringer aus, als in Aussicht gestellt. Der Arbeiter murren darüber, leise natürlich. Er erhält seinen Lohn in Bargeld, oder in Checks, oder in einer Anweisung auf Kredit für den Krämerladen der Kompagnie. Das Bargeld kann er ausgeben wo er will, auch den Sched, wenn er jemand findet, der ihn einlöst, und mit der Kreditanweisung geht er am Zahlungstag in den Laden und — erhält Befreiung, wieviel er noch schuldig ist. Wer mancher schafft ununterbrochen von früh bis spät, bekommt nie einen Groschen Bargeld in die Hand und gerät immer tiefer in die Schulden des Krämers, das ist die Kompagnie. Die Abschaffung der Lohnzahlung durch Anweisung war im letzten Jahre die Forderung einer Anzahl langer und schwerer Anstände. Es wurde von den Streikenden gefordert, daß entweder in Bar gezahlt werde, oder daß die Kompagnie die Garantie dafür, oder eine Bank deren Einlösung anstandslos übernehme.

Die Kompagnien sorgen auch für die Erhaltung der Gesundheit ihrer Arbeiter. Wenigstens wird vielfach von der Lohnsumme ein Bruchteil für Krankheit und Unfälle abgezogen. Selbst ein Arzt wird angestellt. Dieser ist, wenn er am Unternehmen auch nicht immer direkt interessiert ist, so doch jedenfalls dessen ergebene Kreatur, denn ohne den hätte er keine Stellung nicht erhalten. Ueber die Krankheit oder den Unfall bezw. über die Arbeitsunfähigkeit entscheidet in erster und letzter Instanz der Arzt. Fügt sich der Arbeiter nicht dieser Entscheidung, so hat er die Freiheit, zu tun was ihm beliebt, d. h. in der weltabgelegenen Wüste unterzugehen. Eine Kontrolle über die abgezogenen Summen für Kranken- und Unfallversicherung haben die Arbeiter nicht. Die nämliche Prozedur bei einem Unfall. Unfallstatistiken, wie überhaupt alle sozialpolitischen Aufnahmen werden in Amerika mehr sportmäßig betrieben. Die blasierte Oberflächlichkeit des offiziellen Zunfttums findet an solchen, die Proletariat betreffenden Fragen keinen Gefallen. Nur, wenn durch Minenunglücke mindestens Dutzende von Menschenleben vernichtet worden sind, das passiert so ziemlich jede Woche, dann bringen die kapitalistischen Zeitungen spaltenlange Artikel unter fälschlichen Ueberschriften, ja, selbst Bilder, „Momentaufnahmen“ von den Gruben und usw. Aber die öffentliche Meinung, dieser Beschäftigung von Klarheit, Sensationsgier, Sensation und Profit rührt sich nicht. Mineninspektoren gibt es auch in Amerika. Nach jedem

größeren Unglück befindet einer, oder mehrere die Stätte. Selbst ein Bericht wird niedergeschrieben, worin zu lesen ist, daß die Mine von jeher als eine sichere Mine galt, daß alle Vorsichtsmaßregeln getroffen und daß dem Unternehmer jedenfalls keine Schuld betrummelt sei. Und die Toten und Vermundeten? Die Toten schafft man heraus und begräbt sie, oder, wenn sie nicht im Wege sind, läßt man sie liegen wo sie das Schicksal gebietet. Wer sollte sich für so einen toten „Huns“ oder „Dago“ interessieren, der bei Lebzeiten nicht einmal Bürger dieser gelovenen Republik war, dessen Namen man nicht einmal richtig kennt, von dem man nicht weiß, woher er gekommen? Die Vermundeten werden verbunden, gehalten, bis sie laufen können, dann entlassen. Ein Telegramm an den Agenten in der Hohenstadt bringt einen Eisenbahzug neuer Menschenleiber und die Wäde ist wieder ausgefüllt. In allerdings seltenen Fällen versucht der Verunglückte sein Heil in einem Prozeß. Dies ist nun dann möglich, wenn er sich verständlich machen kann, Zeit und besonders Geld genug hat für die Advokaten. Ueber die Advokaten in Amerika sagte vor einigen Wochen ein Jurist gelegentlich einer schmutzigen Korruptionsaffäre: „Die größten Schurken brauchen nur einige Jahre Recht zu studieren, dann können sie ihr Ueberhandweh unter dem Schutze des Gesetzes betreiben.“ Sind alle Hindernisse beseitigt und kommt es eigentlich zur Prozeßverhandlung, so beweisen eine Anzahl Advokaten haarscharf, daß der Verunglückte nur für seine eigene Nachlässigkeit die gerechte Strafe erhalten hat, daß er selbst kein Unglück verschuldet. Und das wird dann von einer genügenden Anzahl Kreaturen, die für Geld alles leisten, beschworen. Aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre, ist nichts zu hoffen. Der Richter ist, wenn nicht direkt, so doch indirekt von den Kompagnie in seine Stellung und Brot gebracht. Jeder Angriff auf die Kompagnie faßt er als Attacke gegen seine Güter, gegen sein Brot auf. Vor so einem Justizfunktionär kann ein armer Teufel weder Gerechtigkeit noch Billigkeit erwarten. Aber geht den Fall, Geld, Zeit, unparteiliche Feigen und ein gerechter Richter wären vorhanden, und das Urteil fiele zu gunsten des Unternehmers aus. Dann: erhält der Unglückliche noch immer nichts. Der Fall würde von dem Unternehmer durch alle Instanzen geschleppt, oder bis sich irgend ein technischer Fehler zeigt. Dann wird der Prozeß von neuem begonnen. Die Eigenartigkeit der amerikanischen Gesetze und die Langsamkeit der Rechtsprechung verbürgen, daß nach Jahren der Reize doch Sieger bleibt.

Man vergesse nicht, daß in Amerika die Justiz, Polizei, Army und Presse rücksichtslos in den Händen der besitzenden Klasse sind. In den Städten zwar nicht durchgehend, aber in den Minenbezirken ausnahmslos. Das überstehe Volkwerk des Kapitalismus ist in diesen Lande die Justiz. Wer wie steht es nun mit der hohen Obrigkeit, dem Gouverneur und dergleichen? Dieser ist in der Regel ein bequemes Werkzeug des Kapitalismus. Er wird doch vom Volk gewählt? Gewiß. Wird denn nicht versucht, einen aufrechten Mann an die Spitze des Staates zu bringen? Gewiß, das Volk wendet sich in den Krallen des Trutts, erstickt in der Kluft der Korruption; es schreit nach Abhilfe, gründete ein Logis für „gute Regierung“, stimmt für „Reformer“, um am Ende nur um eine Enttäuschung reicher zu sein. Entweder gehen — wie die Regel — wieder einzelne Werkzeug des Kapitalismus aus der Wahnlarne hervor, oder komplette Trottel. Das kann kaum anders sein. Denn das System, das diese Hölle treibt, wird auch von den radikalsten Reformern unanfechtbar, heilig gesprochen.

Es geschieht auch Wunder. Allerdings jubelndsten. Ein ehrlicher Mann steigt als Sieger aus der Wahlurne. So traf es sich vor einigen Jahren im Staate Colorado. Alva Adams war mit 11 000 Stimmen Mehrheit zum Gouverneur gewählt. Er hat niemals seinen von dem souveränen Volke erhaltenen Posten angetastet. Die Nachhaber des Staates (Minenbezirke) Affiliation „Bürger-Allianz“ bildeten eine Kommission von 23 Mitgliedern, welche eine ihrer Kreaturen, welche nie eine Wahlstimme erhalten, in den Gouverneursstuhl setzten. Das war Verfassungbruch, Gesetzesvergewaltigung. Doch was sind solche Kleinigkeiten in diesem freien Lande?

Wenn einmal ein Wunder geschieht, d. h. ein arbeitervreundliches Gesetz glücklich aus der Legislatur kommen sollte, wird es vom obersten Gerichtshof, dem höchsten Volkwerk kapitalistischer Interessen, für unkonstitutionell erklärt, d. h. aufgehoben, oder es wird nicht auf seine Durchführung gedrungen. Nur ein Beispiel:

Im Jahre 1905 wurde im Staate Colorado durch eine Volksabstimmung mit einer Majorität von 46 000 Stimmen der gesetzliche Achtstundentag verlangt. Bis heute hat sich noch keine Obrigkeit gefunden, den Willen des „soveränen“ Volkes auszuführen. Und die Arbeiter, welche für die Beobachtung des Volkswillens kämpften, wurden mit Peitscheln, Gefängnis und Deportation traktiert.

Diese Misere lastet mit hundertzähliger Schwere auf den Eingemauerten, d. i. die übergroße Mehrzahl der Arbeiter in den Erzdistrikten. Gewiß war der Einwanderer daheim auch nicht auf Rosen gebettet; gewiß hatte er in der Heimat von Kindesbeinen an schwer juchsen und klaglos hungern müssen; gewiß hatte er das teure Vaterland nur in der Gestalt des Unteroffiziers, des Steuereintreibers und des Gerichtsvollziehers gesehen. Wohl glaubte er von den hohen Löhnen und großen Freiheiten in Amerika, von denen ihm der Schiffsagent beredt berichtet, nicht die Hälfte. Aber immerhin hoffte er, doch wenigstens ein bißchen weiter von der Polizeimache entfernt, bei etwas besser bedecktem Tisch, sich recht und schlecht durchs Leben schlagen zu können. Anstelle des Christentums findet er Wildnis, Verstandlosigkeit, Teilnahmelosigkeit, Brutalität, Rechtlosigkeit, Ausbeutung. Trotz in seinem Glend suchen kann er nicht, denn er ist sprachlos; Lohnkürzungen kann er nicht einklagen, denn Amerika kennt die Gewerkschaft nicht; tägliche Unbill und Brutalität kann er nicht abwenden, denn er ist politisch rechtlos und ökonomisch machtlos; das nächstliegende, Davonlaufen, ist un Durchführbar, denn es fehlen ihm die Mittel zur Bahnfahrt. Die letzten Groschen nahm ihm noch der Agent, ein lieber Landsmann gewöhnlich, ab, für die Beforgung dieser Arbeitsstelle. Die Glück zu Fuß unternehmen, verbietet ein Blick auf die um ihn herum liegende Prärie. Zu seiner Gottverlassenheit zeigt sich ihm nirgends ein Hoffnungstrahl. So steht der freudig hoffend ins „freie“ Amerika gewanderte Proletariat zwischen der kapitalistischen Hölle und dem tiefen See. Er muß schweigen und muß dulden; er murren und schuftet. Seine Unglückskollegen dergleichen.

Der Groll steigt. Aus den gemeinsamen Weiden leimt eine Solidarität, stumm vorerst, noch nicht in Aktionen betätigt und gefährlich, aber stark. Das Maß des Unwillens, der Wut, füllt sich bis zum Rand. Noch ein Schlag mehr und die in Sprache und Sitte bisher getrennten „Huns“ und „Dagos“ richten sich auf wie ein Mann, demonstrieren einhellig, streifen. Ein wilder Streik ist da. Er bricht gewöhnlich schneller zusammen, als er entstand. Aber er zeitigt die Lehre, ihn hinjuro vorzubereiten, zu organisieren. Die Beamten der Gewerkschaft erscheinen, beauftragen hier, ermutigen dort, stellen die Unterlegenen in ihre Reihen, helfen ihnen mit ihrer Erfahrung und ihren Mitteln. Bei der nächsten Gelegenheit stellt sich der Unternehmer einer organisierten Masse mit geschulten Führern gegenüber. Er versucht es mit Beschwichtigungen, Versprechungen, warmen Händedrückchen und Beschwörungen. Diese Taktik verbürgt bei den alten Unionen Amerikas gar oft den Sieg. Aber bei der Gewerkschaft der Erzgräber, der Western Federation of Miners, fördern sie nur das Gegenteil.

Die „freundlichen Vereinbarungen“ haben sich als eine Belastung am Hals des Proletariats erprobt. Der Unternehmer betrachtet sie als den Keil, die Solidarität und Aktions-einheitlichkeit der Arbeiterklasse zu spalten, er brach sie, wenn Gelegenheit im Prozeß geboten erscheinen ließen. Und wo sollten die Arbeiter im gegebenen Falle Reparatur der durch Vertragsbruch entstandenen Verluste ver-



langen? Vielleicht bei der Justiz? Das hätte geheißen, bei einer in der Gasse liegenden Profitierten Unschuld suchen. Wo sonst? Da „freundliche Vereinbarungen“ nicht mehr verlangen, so bleibt nur Erfüllung der gerechten Forderungen der Arbeiter oder offener und harter Kampf.

Mit dem Eingreifen der Western Federation of Miners zugunsten der elend ausgebeuteten Grubenbauern wälzt sich auch der ganze Kapitalismus gegen sie. Das Unternehmertum strafft organisiert, in Trübs gelüht, die Staatserekläre, Justiz, Polizei, Militär, Presse und Kirche in seinem Besitz, hat so alle Machtmittel im Besitz und wendet sie mit unübertrefflicher Mächtigkeit gegen die Arbeiterorganisation an. Den gordischen Knoten mit dem Säbel zu lösen, ist der Magistrate erster Gedanke. Diese blutige Taktik hat es dahin gebracht, daß auch auf der Seite der Arbeiter ernstlich in Erwägung gezogen wurde, Gleiches mit Gleichem zu parieren. Es war der frühere Präsident der Western Federation of Miners, G. Boyce, der vor nun sechs Jahren darauf drang „jedem Mitglied mit einem modernen Gewehr zu versehen — so daß in zwei Jahren aus den Reihen der organisierten Arbeiter eine bewaffnete Armee von 25000 Mann hervorgeht.“ Das alte Wort, daß das Recht auf Selbstverteidigung älter sei, denn alle geschriebenen Gesetze, wurde nicht in der Praxis realisiert. Heute, nach sechs Jahren, in Anbetracht der blutigen Kämpfe der letzten Zeit, wird behauptet, daß der Vorschlag des Präsidenten nicht beherzigt wurde. Ueber diese Kämpfe in den Minendistrikten des „freien Landes der Welt“ und über die Erfolge der Gewerkschaft im nächsten Artikel.

**Volkswirtschaftliche Rundschau.**

**Kohlensteuer!**

Die Reichsfinanzkommission hat es beinahe mit sich gebracht, daß die Reichsregierung mit einer Anzahl neuer Steuerprojekte hervorgetreten ist, um den Reichsbudget aus der Welt zu schaffen — wenigstens zunächst. Die Summe, die das Reich gebraucht, um die Reichsfinanzen in geordnete Bahnen zu bringen, beträgt rund 600 Millionen Mark. Wir haben i. B. die neuen Steuerprojekte der Regierung, die eine enorme Belastung des arbeitenden Volkes durch indirekte Steuern bedeuten, besprochen. Immerhin waren unter den verlangten Steuern auch solche, die den Besitz in etwa belastet hätten, z. B. die Weinsteuern und vor allen Dingen die Erbschafts- oder Nachlasssteuer. Diese Steuer sollte bei einer Erbschaft von 20000 Mk. aufwärts beginnen mit der eventuellen Bedingung, daß sie ratenweise gezahlt werden konnte. Diese Steuer, einschließlich einer Vermögenssteuer, sollte etwa den fünften Teil der geforderten Summe einbringen, während die neuen Steuern auf Branntwein, Tabak und Bier allein 277 Millionen Mark bringen sollten. Wegen die Erbschafts- bzw. Vermögenssteuer haben die konservativen Parteien und ein Teil der Nationalliberalen, mit ihnen das Zentrum, Sturm gelassen mit dem Erfolg, daß es mit dieser Steuer nichts mehr werden wird. Der Besitz soll nicht belastet werden, die breiten Massen des Volkes sollen die Steuern tragen. So wollen es die Konservativen und das Zentrum. Sie lehnen die Erbschaftsteuer ganz entschieden ab, dahingegen hat ein Vorschlag ihrerseits Anklang gefunden. Die Matrikularbeiträge zu erhöhen, also es sollen einen Teil der gebrauchten Summe die Einzelstaaten aufbringen und auch hier haben Konservativen und das Zentrum sich geschunden und neue Steueranschläge auf die Einkommen von 900 Mk. ab, verlangt. Dieses Projekt dürfte sich, sagt man die Zusammenfassung, vornehmlich des preussischen Landtages ins Auge, verwirklichen. Die preussische Regierung wird seinen absehbenden Standpunkt hier einnehmen. Hat sie doch selbst diese Zuschlagsteuer bei einem Einkommen von 7000 Mk. ab, verlangt. Zentrum und Konservative legen aber schon die Einkommen von 900 Mk. ab für diese Steuer fest. Im übrigen verfahren beide Parteien ihre weiteren Vorschläge durchzubringen, die darauf hinauszielen, durch indirekte Steuern bzw. durch Erhöhung der schon vorhandenen indirekten Steuern die Finanznotlage aus der Welt zu schaffen. Aber sie haben die Öffentlichkeit überlistet auch mit einem neuen Steueranschlag: Die Kohlensteuer!

Der weitgehende diesbezügliche Vorschlag verlangt zunächst einen Anstieg von 1 Bf. für die Tonne Steinkohlen, ferner eine Kohlensteuer von 50 Pfg. für die Tonne Braunkohlen. Wir stellen fest, daß die Förderung von Steinkohlen im Jahre 1908 148 821 301 T. betrug, die Einfuhr 11 681 503 T. = 160 502 804 T. Die Einfuhr betrug 21 062 361 T. Somit der Verbrauch 139 440 443 T. Außerdem kommt die Förderung von 66,5 Mill. T. Braunkohlen in Frage. Wenn für Braunkohlen auch ein niedrigerer Zoll bzw. Steuerlag in Betracht kommt, so dürften hier immerhin gleichfalls große Summen an Steuern aus der Braunkohle mit gezogen werden. Würde sie pro Tonne etwa 25 Pfg. betragen, so dürfte die Kohlensteuer insgesamt rund 100 Millionen Mark einbringen, d. h. wenn die oben genannten Vorschläge im Geheißen aufgenommen würden. Die Summe ist hoch genug, daß sich die Bergarbeiter mit dieser Art Steuer zu beschäftigen haben.

Welche Bedeutung die Kohlensteuer für den Verbraucher wie für die Bergarbeiter haben wird, das ergibt sich aus den Ausführungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wie der „Rheinischen Zeitung“. Das erstgenannte Organ schreibt, daß die Kohlensteuer volkswirtschaftlich schädigend wirken wird, wie sie auch eine Behinderung des Verkehrs bedeute. Dann heißt es weiter: „Dem Kohlenbergbau bleibt aber gar nichts anderes übrig, als entweder die Selbstkosten, also in erster Linie die Löhne, im entsprechenden Maße herabzusetzen oder den Preis entsprechend zu erhöhen, mit anderen Worten, die Steuer auf die Verbraucher abzuwälzen. Das Eine wird den Mitgliedern auf der linken Seite des Hauses (Reichstag) nicht einfallen, das andere denen von der Rechten ebenso unangenehm sein. Für den Bergbau selbst bedeutet die Steuer außerdem eine wesentliche Behinderung seines Absatzes, namentlich auf dem Auslandsmarkt, wo die neuerlichen Tarifmaßnahmen schon die Konkurrenz mit den leistungsfähigen englischen Wettbewerbern erschweren. Wenn die Steuer nicht mindestens zum Geheißen werden sollte — und bei der Abneigung, die gegen jede großindustrielle Vertikung unter den Volkserregern besteht, wird bekanntlich jede Maßnahme gut geheißen, die sich gegen die Rentabilität und die Ausdehnung dieser Industrie richtet — so wird auf der einen Seite die unausweichliche Folge die sein, daß die Kohlenverbraucher für absehbare Zeit mit billigerem Brennstoff nicht zu rechnen haben werden und auf der anderen Seite, daß die Löhne mit größerem Nachdruck als bisher zurückgefordert werden. Auf andere Weise wird der Bergbau die Steuer nicht kompensieren können.“

Und die „Rheinische Zeitung“ läßt sich über die Kohlensteuer wie folgt aus: „Die Dinge liegen, würde nämlich dem Kohlenbergbau gar nichts anderes übrig bleiben, als diese Steuer nach Möglichkeit auf die Verbraucher abzuwälzen. Der Zwang, diese Abwälzung mit allen Mitteln zu versuchen, wäre für den Kohlenbergbau um so stärker, als seine Erträge seit dem Konjunkturausschlag in händigen und starkem Rückgang begriffen sind. Der Rückgang im Absatz und die außerordentlich hohen Selbstkosten haben die Erträge empfindlich geschwächt, und die schon bestehenden und erst noch in Kraft tretenden Preisermäßigungen werden weitere Schwächerungen herbeiführen. Eine Abgabe von 50 Pfg. auf die Tonne Förderung würde aber die Wegnahme von ungefähr 50 Prozent des jetzt noch im Durchschnitt erzielbaren Reingewinns bedeuten, also eine ganze Reihe von Betrieben, deren Erträge unter dem Durchschnitt von etwa 1 Mk. Reingewinn die Tonne bleiben, einfach unrentabel machen. Das wäre gleichbedeutend mit der Stilllegung einer Anzahl von Betrieben, aus denen bisher immer noch ein Ertrag herausgewirkt hat. Werden konnte. Von der Ungerechtigkeit, die darin läge, daß eine derartige Förderabgabe sowohl die hochwertigen wie auch die minderwertigen Kohlenarten gleichmäßig behaftet, soll hier gar nicht weiter gesprochen werden, ebensowenig davon, daß sie geradezu eine Prämie auf Raubbau wäre, die dazu nötigen würde, die minderwertigen Flözpartien einfach liegen zu lassen, um Verluste zu vermeiden. Mehr noch wäre natürlich die Neigung der Grubenwachen, die Förderabgabe zunächst auf die Verbraucher abzuwälzen und in diesem Bestreben dürften sich sowohl die kapitalistischen Betrieben, die ohnehin teilweise schon mit beträchtlichen Zuschüssen aus den Taschen der Steuerzahler arbeiten,

wie die privaten innerhalb wie außerhalb des Syndikats zusammenfinden. Eine Preiserhöhung für Kohle wäre also sowohl die nächste für alle Kohlenverbraucher recht wenig erfreuliche Folge der Kohlensteuer, eine umso unerwünslichere, als man bisher schon, ob mit Recht oder Unrecht, diese dahingehend, über übermäßig hohe Kohlenpreise gelagert hat. Kohlenverbraucher aber ist sozusagen jeder Mann, Kohlenverbraucher ist unsere Landwirtschaft, unser Gewerbe, Handel, unsere Beamtenschaft und Lohnarbeiterschaft, ferner unsere gesamte Bevölkerung. Sie wird also von der Einführung einer Kohlensteuer in erster Linie betroffen werden und an ihr ist es vor allem, zu der Frage der Kohlensteuerung und den davon zu erwartenden Kohlenpreiserhöhungen Stellung zu nehmen. Ein besonderes Interesse hat hieran außerdem noch die Bergarbeiter, die Kohlenbesitzer, denn sie muß damit rechnen, daß die Steuern die Abgabe nicht nur auf die Verbraucher abzuwälzen versuchen, sondern gleichzeitig auch durch entsprechenden Druck auf die Löhne einen Ausgleich erzielen werden. Unter dem Einfluß der schlechten Wirtschaftslage, die eine Verringerung unserer gesamten Selbstkosten bei der Kohlerzeugung zur Notwendigkeit macht, muß schon jetzt auf eine allmähliche Ermäßigung der im Verlauf der Konjunktur überaus stark gestiegenen Löhne hingewirkt werden. Werden aber durch eine Förderabgabe der Selbstkosten im Kohlenbergbau die Selbstkosten künstlich noch weiter gehoben, so muß damit auch der Lohndruck wachsen. Das wird vor allem unsere Bergarbeiterchaft ins Auge fassen müssen.“

Das sind ja nette Aussichten, die den Bergleuten gestellt werden. Und wir haben keine Ursache, die Ausführungen der beiden Organe als leere Drohungen aufzufassen, wenn wir auch in einzelnen Fragen, wie z. B. der der Stilllegung der Betrieben, anderer Meinung sind. Wer die Machtverhältnisse und die wohlgeleiteten Organisationen der Grubenbesitzer kennt, weiß, daß sie die Kosten dieser Steuer auf die Verbraucher wie auf die Bergarbeiter abwälzen werden. Und darum haben wir Bergarbeiter alle Ursache, gegen die konservativen und zentralistischen Vorschläge, die Kohlensteuer einzuführen, Front zu machen. Jetzt schon, ehe es zu spät ist! Wie die Dinge liegen, dürften die Grubenbesitzerorganisationen nach nebenbei die Steuer benutzen, um für sich noch etwas herauszuschlagen. Im übrigen ist es unerwünscht, daß es fortgesetzt die breiten Schichten des Volkes sind, die bluten müssen, besonders die Arbeiter, während die Junker und Großindustriellen wohl das Volk auszuwintern verstehen, aber nichts zahlen wollen. Wann werden die Arbeiter klug werden und die Volksvertreter, die Konservativen und mit ihnen das Zentrum aus den Volksvertretungen hinausbringen? Wann?

**Nachrichten aus der Montanindustrie.**

**Die Kohlenproduktion im Deutschen Reich.**

Beifolgende Statistik gibt Auskunft über die Kohlenproduktion im Deutschen Reich im Jahre 1908, mit Vergleichszahlen zu 1907. Vom Januar bis Dezember 1908 betrug die Förderung an

	Januar bis Dezember 1908				
	Steinkohlen	Braunkohlen	Rohs	Preßkohlen aus Steinkohlen	Preßkohlen aus Braunkohlen (auch Napfpreßsteine)
	To.	To.	To.	To.	To.
<b>Ob.-R.-M.-Bez.:</b>					
Breslau . . . . .	39 534 783	1 531 071	3 444 087	228 756	205 917
Saale a. S. . . . .	9 732 402	243 100	142 099	57 200	8 221 802
Clausihal . . . . .	928 987	987 560	193 099	182 978	112 201
Dortmund II . . . . .	82 840 466	—	15 537 311	3 451 890	—
Dortmund I . . . . .	15 980 041	12 679 221	2 810 082	71 383	3 523 617
<b>Preußen.</b>	130 209 930	55 440 952	21 109 558	3 942 149	12 003 057
Im Vorjahre . . . . .	134 308 048	52 674 170	21 871 605	3 477 052	11 052 507
<b>Bergbauproduktionsbezirke:</b>					
München . . . . .	886 359	2 830	—	—	—
Bayreuth . . . . .	36 849	545 087	—	—	—
Zweibrücken . . . . .	671 190	—	—	—	—
<b>Bayern.</b>	1 573 907	547 917	—	—	—
Im Vorjahre . . . . .	1 497 038	291 020	—	—	—
<b>Bergbauproduktionsbezirke:</b>					
Zwidau I u. II . . . . .	2 659 864	—	52 427	19 148	—
Deutschn. L. G. . . . .	2 116 818	—	—	10 724	—
Dresden . . . . .	580 021	579 672	12 071	29 425	56 153
Leipzig . . . . .	—	2 276 180	—	—	451 350
<b>Sachsen.</b>	5 806 103	2 855 861	65 398	53 300	5 703
Im Vorjahre . . . . .	5 214 895	2 406 324	66 433	46 365	4 040 088
Bessen . . . . .	—	467 160	—	—	54 601
Braunschweig . . . . .	—	2 029 981	—	—	430 887
S.-Meiningen u. Schwarzburg-Rudolstadt . . . . .	7 268	7 349	—	—	—
S.-Altenburg . . . . .	—	3 788 246	—	—	966 885
Anhalt . . . . .	—	1 306 156	—	—	204 856
Eisf.-Lothr. . . . .	2 877 510	—	—	—	—
Baden, Neuf. J. L. . . . .	2 474	8 522	—	—	—
<b>Deutsches Reich</b>	148 821 301	160 502 804	21 174 956	3 995 449	14 227 218
Im Vorjahre . . . . .	143 222 888	62 819 802	21 938 038	3 524 017	12 890 461

Nach den jetzt vorliegenden amtlichen Mitteilungen betragen im Januar im deutschen Reich

	die Steinkohlenförderung	die Braunkohlenförderung	die Kokserzeugung
1908	12 579 152 To.	12 010 715 To.	1 858 998 To.
1909	12 579 152 To.	12 010 715 To.	1 776 378 To.

die Braunkohlenförderung Bricketts und Napfpreßsteine

	1908	1909	1908	1909
Januar . . . . .	5 702 911 To.	5 598 415 To.	1 412 431 To.	1 483 559 To.

Gegenüber dem Dezember des verflorenen Jahres ist die Steinkohlenförderung um 129 000 To. gestiegen, dagegen bleibt sie hinter der vom Januar v. J. um 589 000 To. zurück. Die Kokserzeugung hielt sich auf der Höhe des Vormonats (1 774 195 To.). An Braunkohlen wurden 67 000 To. mehr gefördert als im Vormonat, aber 180 000 To. weniger als im Januar 1908. Bei Bricketts und Napfpreßsteinen wurden die entsprechenden vorjährigen Biffern überholt, und zwar um 71 000 To.; auch gegenüber dem Dezember ergab sich ein Mehr von 82 To.

Steinkohleneinfuhr		Steinkohlensausfuhr		Steinkohlenverbrauch	
1908	1909	1908	1909	1908	1909
To.	To.	To.	To.	To.	To.
543 960	509 158	1 402 912	1 784 924	11 720 200	10 784 944
Kokseinfuhr		Koksausfuhr		Koksverbrauch	
1908	1909	1908	1909	1908	1909
To.	To.	To.	To.	To.	To.
48 276	54 684	809 811	270 223	1 592 458	1 560 834

Im Dezember 1908 wurden 916 336 To. Steinkohlen ein- und 1 869 823 To. ausgeführt. Die Einfuhr ist also im Januar stark zurückgegangen, die Ausfuhr weniger stark. Die Abnahme des rechnerischen Steinkohlenverbrauchs stellt sich auf 143 000 To. An Rohs wurden im Dezember 57 200 To. ein- und 263 446 To. ausgeführt; wesentliche Verschiebungen sind hierin im Januar nicht eingetreten.

**Verband des Stahlwerksverbandes im Monat Januar 1909.**

Der Verband des Stahlwerksverbandes an Produktion A betrug im Januar 409 191 To. (Rohstahlgewicht) gegen 358 491 To. im Dezember und 383 066 To. im Januar 1908. Der Verband ist demnach 50 700 To. höher gewesen als im Dezember und 26 135 To. höher als im Januar 1908. Der Verband von Eisenbahnmateriale stellte sich im

24 218 To. niedriger, der von Halbzeug 9 972 To. und der von Formeisen 04 021 To. höher als im Vormonat. Auf die einzelnen Monate verteilt sind der Verband folgendermaßen:

Jahre und Monate	Halbzeug	Eisenbahnmateriale	Formeisen	Gesamtproduktion A
1908				
Januar . . . . .	101 400	214 557	67 039	383 036
Februar . . . . .	108 854	207 562	104 032	420 558
März . . . . .	182 190	108 841	156 487	488 488
April . . . . .	104 708	141 128	126 126	371 962
Mai . . . . .	114 599	102 912	187 249	414 865
Juni . . . . .	93 056	165 156	115 100	373 312
Juli . . . . .	114 335	147 420	129 064	388 709
August . . . . .	125 414	159 324	110 871	405 159
September . . . . .	127 648	170 772	106 268	404 688
Oktober . . . . .	142 073	101 874	110 597	414 044
November . . . . .	111 032	158 308	71 340	341 578
Dezember . . . . .	108 753	183 479	69 250	358 491
1909				
Januar . . . . .	118 745	159 266	181 180	409 191

**Das Zweischichtsystem in der Metallindustrie.**

Nicht zuletzt auch auf die intensive Agitation des Bergarbeitersverbandes in Mitteldeutschland ist es mit zurückzuführen, daß die preussische Regierung vor mehreren Jahren sich entschloß, das Zweischichtsystem in die Stahlwerke einzuführen. Die Regierung ordnete eine zehnjährige Frist für die Verwirklichung des zweiten Schichtes durch schon bestehenden Betrieben an und ließ auch zu, daß gegenfälligen Durchschlag zweier Werte die Frage des Zweischichtsystems zu lösen. Das ist in der Praxis auch schon geschehen (nämlich Carlswerk mit Germania II, Nonnenberg mit Teufelberg, Wolfesgraben mit Hops und Bismarckhütte mit Neu-Mecklenburg). Für die übrigen Werke dürfte meist der gegenfällige Durchschlag z. B. nicht möglich sein. Der Spielraum von zehn Jahren hat es mit sich gebracht, daß gegenwärtig nur sieben Werke den zweiten Schicht im Bau bzw. in Vorbereitung genommen haben. Die Stahlwerksbetriebe sind — da ja der zweite Schicht bald vorher — sehr entgegengebracht gegen das Zweischichtsystem. Besonders in den letzten Wochen hat man der Regierung auf Zurückschiebung der Anordnung ausgenommen. Die Werksbetriebe bringen fast oppositionelle Artikel, einen nach dem andern und auch im preussischen Abgeordnetenrat der nationalliberalen Abg. Maccò den Vorstoß gegen das Zweischichtsystem unternommen, wobei er auf Widerstand bei dem Bergwerksminister Debrück stieß. Der Minister erklärte:

„Meine Herren, ich erkläre hiermit ausdrücklich: es hat nicht in meiner Absicht gelegen, durch das Verlangen des zweiten Schichtes irgend welche Einflüsse auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Metallindustrie auszuüben. Ich habe mich nach langem Schwanken und mit schwerem Herzen trotz der voraussichtlichen wirtschaftlichen Konsequenzen dazu entschlossen, den zweiten Schicht für die Stahlwerke vorzuschreiben, weil ich der Auffassung war, daß bei den zunehmenden Gefahren der Metallwerke und bei den wachsenden Gefahren — wir haben auch in den Stahlwerken mit Unvorsichtigkeiten zu kämpfen — das Vorhandensein nur eines Schichtes auf die Dauer nicht mehr verantwortet werden könnte. Ebenso sind diejenigen Maßnahmen, die speziell getadelt werden, weil sie die Entziehung neuer Werte im Gefolge gehabt hätten, auch lediglich wieder entstanden aus den Wünschen der Metallindustrie die Durchführung dieser an sich hatten, aber nach meiner Ansicht absolut notwendige Forderung des zweiten Schichtes nach Möglichkeit zu erleichtern.“

Die Stahlwerksbetriebe führen gegen das Zweischichtsystem auch an, daß die Anordnungen des Ministers der Metallindustrie in der Metallindustrie Vorhanden sei, die Beweisführungen hierzu gehen aber auf so schwachen Füßen, daß man wohl annehmen darf, daß die Metallindustrie wohl mehr auf die innere Kritik, in der sich die Metallindustrie seit Unparitätlichen fortgesetzt befindet und nicht ohne eigene Versicherung. Der Produktionswert betrug für 1908 schon rund 100 Millionen Mark. Das Geschäft ist bei vielen Betrieben ein äußerst geschäftiges. Das allein reicht zu neuen Unternehmungen, ohne Rücksicht auf den Metallmarkt zu nehmen. Die Folgen sind Schwierigkeiten im Syndikat und wenn dies noch in der Preisbildung sich Sprünge erlaubt, die den Verhältnissen nicht angepaßt sind, dann ist die Folge die Krise, die man gerne als die Folge des Zweischichtsystems hinstellen möchte. Aber die Werksbetriebe hinaus steht uns der Lebenskampf der Bergarbeiter und der Minister tat recht, darauf hinzuweisen. Daß er es „schweren Herzens“ tat, können wir ihm nachfühlen. Daß soll aber nicht hindern zu tun, was nötig ist. Auch die Laugenzuzufüsse bei den Stahlwerken sind kein Beweis, daß die Anordnungen des Ministers auf falscher Basis beruhen. In der Tat ist durch Laugenzuzufüsse, die eine Verarmung der Verbindungsstrecke zwischen den beiden Schichten zur Folge hatte, diese Verbindung aufgehoben, dann ist Abhilfe nötig durch Herstellung einer andern Verbindung, zwischen den beiden Schichten.

**Berggesetzgebung und -Verwaltung.**

**Sind Bergwerksdirektoren für Unterlassungen und Verschlingungen ihrer Beamten verantwortlich?**

Im vorigen Jahre schon haben wir auf eine Gerichtsverhandlung hingewiesen, wo die Leiter der Steinkohlenbergwerks-Altiengeellschaft Hedow-Holzdorf Vereinigt bei Lichtenfeld, Etzsch, und dessen Stellvertreter, Polizeikommissar, wegen Verletzung der Gewerbeordnung angeklagt waren. Das Oberlandesgericht hat nun in dieser Sache eine wichtige Entscheidung gefällt. Das obengenannte Bergwerk enthält drei Schächte und beschäftigt circa 1200 Arbeiter. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat der Betrieb des Sonntags zu ruhen, falls nicht dringliche Arbeiten, von deren Ausführung die Wiederaufnahme des vollen Betriebes am Montag abhängig ist, vorgenommen werden müssen. Zu diesen dringlichen Arbeiten gehört auch die Instandhaltung der Schachttürme, die dem Steiger Auerwald übertragen war, dem eine Anzahl Schachttürme unterteilt sind. Über von letzteren Sonntags zu arbeiten hatte, bestimmte Auerwald, der auch das über Sonntagsarbeiten in Bergwerken gesetzlich vorgeschriebene Verzeichnis zu führen hatte, welches Zahl der Arbeiter sowie Namen derselben und die Dauer der Arbeiter enthalten muß. Dieses Verzeichnis muß allwöchentlich von der Bergwerksleitung geprüft werden. In der Zeit vom 3. Mai bis 5. Juli 1908 sind nun sieben Schachttürme zum Teil an drei, zum Teil an noch mehr Sonntagen hintereinander beschäftigt worden, so daß keinem von den sieben Seiten die vorgeschriebene Sonntagsruhe (entweder jeder dritte Sonntag gänzlich frei, oder jeder zweite Sonntag teilweise) gewährt worden ist. Deshalb ist Auerwald bereits wegen Vergehens gegen § 151 der Gewerbeordnung als selbständiger Leiter des betreffenden Betriebes verurteilt worden, außerdem hat das Gericht die Vertreter der Altiengeellschaft als unmittelbare Verantwortliche haftbar gemacht, weil sie sich einer mangelnden Kontrolle schuldig gemacht haben sollen. Die beiden Angeklagten erklären, sie hätten ihr Möglichstes getan, sie hätten A. immer auf die gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen. Das Landesgericht Zwidau hat jedoch ihre Beurteilung ausgesprochen und bemerkt, sie hätten nicht jedwede Kontrolle abgeben dürfen. Eine solche sei sogar im verhängenen Maße bei den vielen Sonntagsarbeiten recht nötig gewesen, zumindest hätten sie Unterbeamte mit der Kontrolle beauftragen müssen. In der Revision der Angeklagten wird u. a. geltend gemacht, bei einem Werk mit so viel Arbeitern und Beamten sei es unmöglich, alle Leute persönlich zu kontrollieren. Wenn es überhaupt noch eine verantwortliche Person gebe, sei dies höchstens der Obersteiger. Unerwähnt wurde die Absicht des Gesetzes, die selbständige Leitung einzelner Betriebsbereiche durch Untergebene zu ermöglichen, verteilt. Der Staatssenat des Oberlandesgerichts in Dresden hat die Revisionen kostenpflichtig verworfen und begründend angeführt, daß der Ansicht, die Verurteilung habe zu Unrecht angenommen, die Angeklagten hätten fahrlässig in der Beaufsichtigung Auerwald gehandelt, nicht beigetreten werden könne. Sie hätten die Pflicht, zu kontrollieren, ob die Vorschriften befolgt würden. Eine Beaufsichtigung Auerwald war durchaus nicht unmöglich, entweder konnten sie mit der Kontrolle Beamte beauftragen oder die Arbeiter direkt befragen. Die Bergwerksinspektion habe ja auch durch Kontrolle die Mängel aufgedeckt. Und wenn dies auch infolge einer Denunziation geschehen sei, so gehe daraus gerade hervor, daß die Angeklagten durch einen entsprechenden Anschlag die Arbeiter zur Meldung von Mängeln und dergleichen hätten auffordern können.



# Mißstände auf den Gruben.

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Bochum.** Zu unserer Notiz in Nr. 5 erhalten wir von Beche Konstantin unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Verächtigung: „In Nr. 5 der Bergarbeiter-Zeitung vom 20. Januar 1900 befindet sich auf Seite 4/5 des Blattes unter der Marke Beche Konstantin eine Notiz, welche wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspreßgesetzes als folgt zu verächtigen erlauben: „Es ist unwahr, daß von dem Steiger Alf von Beche Konstantin III die bergpolizeilichen Vorschriften, insbesondere die Vorschriften über die Ventilation der Grube, nicht eingehalten werden. Ebenso ist unwahr, daß vor den meisten Betriebspunkten und selbst in einer Bremskammer stets Schlagwetter vorhanden waren. Von den Weitemännern sind in den Bremsen nie Schlagwetter gefunden oder gemeldet; auch war das Luftquantum immer größer, als die Bergpolizeibehörde vorschreibt. In der Bremskammer der dritten Abteilung Sattelhornschlagel, Flöz Mühlgraben, flachte Sohle, hatten sich in einem Falle beim Ausbrennen der Schienen des betr. Bremsgerätes, also nach dem Verließ der Abteilung, Schlagwetter dadurch angehäuft, daß der Bauer, welcher den Aufschuß bediente, die Separat-Ventilation abgestellt hatte. Dieser Bauer wurde auch bestraft, ist aber nicht bestraft worden, sondern zum Schlichter ernannt. Ein Bremsungesetz ist nie durch Weiter bestrahlt worden. — Es ist unwahr, daß auf Beche Konstantin III chronischer Holzgangel herrscht; die Bauer haben selbst erklärt, daß sie stets genügend Holz bestrahlt hätten. Es ist unwahr, daß der Steiger Alf den Leuten gegenüber die Reden wie „Faulenzer“ gebraucht hat. Hochachtungsvoll G. Weickhoff ver. Konstantin der Große. Pleier.“

**Gewerkschaft Braßler (Schacht I und II bei Mar). In diesem Schacht ist man zur Zeit noch mit dem Abteufen beschäftigt. Dabei geht es natürlich recht wild zu. So wird während der Schicht kein Arbeiter anders als auf dem vollen Hübel heraufbesördert. Selbst im Verlegen hat man schließlich auf dem vollen Hübel heraufbesördert. Auch die Trittschritte sind mit Wasser besetzt, auf dem vollen Hübel, selbst wenn derselbe mit Wasser gefüllt ist. Es werden auch Leute angeleitet, die nach keinem Schacht gesehen haben und sofort als Lehrgänger u. dergl. beschäftigt. Wenn es ihnen nicht paßt, können sie gehen. Dem Trittschrittsführer würde ein kameradschaftliches Verhalten zu empfehlen. Die Leuchte ist zu klein; auch die Sauberkeit läßt zu wünschen übrig. Auch kommt es vor, daß den Arbeitern die Grubenleiber gestohlen werden.**

**Jede Glückaufgabe** vormals Crone und Felicitas. Trotz aller Kritik werden hier die geringsten Verbesserungen nicht befragt. Fortgesetzt wird über Holzgangel geklagt, ist es doch sogar vorgekommen, daß ein Bruch provisorisch abgeleitet werden mußte, weil kein Holz da war. Viele Klagen werden auch geführt über den Steiger W. und ist es sogar vorgekommen, daß Arbeiter feinerwegen gekündigt haben. Auch der Trittschrittsführer W. läßt in seinem Umgang mit den Arbeitern viel zu wünschen übrig. Die Seilfahrt dürfte ebenfalls pünktlicher von staten gehen. In der Waschküche wäre mehr Reinlichkeit erwünscht. Auch wäre ein zweiter Ausgang sehr notwendig. Notwendig wäre auch, daß der Schacht Felicitas bald für die Seilfahrt abgenommen würde. Besonders jetzt bei dem Frostwetter ist das Retten der Fahrten für die Arbeiter sehr beschwerlich, da die Fahrten voll Eis hängen. Statt früher Samstags abends, muß jetzt die Nachtschicht Sonntags abends anfahren. Die Arbeiter wünschen, wieder Samstags abends anfahren zu können, damit auch sie ihren Sonntag haben.

**Jede Hagenbeck (Stinnesgrube). Hier brachte ein Arbeiter beim Aufschußmittel B. W. eine Beschwerde vor darüber, daß die eisernen Treppen zu glatt seien und fragte, ob da nichts gegen zu machen sei. B. W. aber erklärte: Daß sie doch vorzüglich sind. Ein anderer Kamerad beschwerte sich darüber, daß den Arbeitern das heiße Wasser unter den Brausen aus den bloßen Körper tropfe. Darauf sagte das Aufschußmittel B.: Ja, daß sie doch darunter fort bleiben. Erklärlich ist dieser Standpunkt, wenn man in Betracht zieht, daß B. jede Woche eine oder auch zwei Leberabschnitte verschluckt. Wünschenswert wäre auch, daß die Ausgabe der Kohlensteine so geregelt würde, daß auch die Mittagsschicht Kohlensteine erhalten könnte.**

**Neumühl.** Zu unserer Notiz in Nr. 7 erhalten wir von Beche Neumühl unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Verächtigung: „Hierdurch erlauben wir Sie erlauben zu der in Nr. 7 der Bergarbeiter-Zeitung vom 18. Februar, Seite 4 erschienenen Notiz: Piefke (Ruhrbecken, alter Verband), auf Grund des § 11 des Preßgesetzes, folgende Verächtigung zu bringen: Es ist nicht richtig, daß ein Bergmann, der von Neumühl kam und einige Schichten auf der Beche Raddob arbeitete, dem Wittunterzeichneten Ventrop erklärte, die Neumühler hätten die schlechte Methode des Deffens der Lampen nach Raddob gebracht. Es ist dagegen richtig, daß ein von dem Wittunterzeichneten Ventrop befragter Bergmann der auf Raddob gearbeitet hatte, unumwunden erklärte, auf der Beche Neumühl würde viel mehr Wert auf die Behandlung und den Verschleiß der Lampen gelegt, als auf Raddob, da auf dieser Beche die Lampenkontrolle nicht so sorgfältig genug gehandhabt werde. Es ist ferner nicht richtig, daß nach dem Erscheinen der Broschüre des Steigers Werner auf Beche Neumühl eine Kontrolle durch das Oberbergamt vorgenommen ist. Wichtig dagegen ist, daß der Herr königliche Bergverwalter bei einer Befragung der Arbeitsstelle des Bauers Piefke den anwesenden Arbeitern darüber Vorwürfe gemacht hat, daß sie in ihrer Arbeit das dünne Holz zu Unterjagen gebraucht und das dicke Holz im Abbau verwendet hatten. Es ist endlich nicht richtig, daß auf Beche Neumühl ein Steiger Vastol verunglückt ist und daß nach dem Unglück, um das Bergamt zu täuschen, der Luftweg geändert und Lutten eingebaut sind. Hochachtungsvoll! Steintohlenbergwerk Neumühl. Die Direktion. Namen unleserlich.“

**Redlinghausen-Süd.** Zu unserer Notiz in Nr. 4 erhalten wir von Beche König Ludwig folgende Verächtigung: „Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes erlauben wir, zu dem unsere Beche betreffenden Artikel in Nr. 4 Ihrer Zeitung vom 23. Januar 1900 folgende Verächtigung in die nächste Nummer Ihres Blattes anzunehmen: 1. Es ist nicht wahr, daß die Beche Frachtloren und Eisenbahnfahrtaugabgaben aus der Unterstützungsstufe erlassen hat. 2. Wahr ist: a) daß der Arbeiter A. . . . nicht auf Veranlassung der Beche und auf eigene Kosten aus Oesterreich zugezogen ist, für die Beche demnach keinerlei Verpflichtung vorliegen konnte, für die Rückreise der Familie deselben zu sorgen. b) daß infolge Erkrankung des Vorgenannten für seine Familie zur Überdang der Not von Unterstützungsstufe im Verlauf von vier Monaten Unterstüngen von insgesamt 86 Mk. gezahlt worden sind; c) daß der Unterstützungsanspruch, da ein Ende der Erwerbsunfähigkeit des Mannes und damit der Unterstüngen der Familie nicht abgesehen war, auf Antrag der Frau ausnahmsweise in diesem Falle die Kosten der Rückreise nach Oesterreich im Betrage von 80,25 Mk. aus der Unterstützungsstufe bewilligt hat; d) daß die Gewerkschaft der Unterstüngenstufe der Schachtanlage IV/V regelmäßig freiwillige Zusammenkünfte zu Unterstützungswecken macht, die im Jahre 1908 über 300 Mk. betragen haben; e) daß im vorliegenden Falle die Gewerkschaft außerdem auf Antrag des Betriebsführers aus eigenen Mitteln 50 Mk. zum Rücktransport der Möbel bewilligt hat, um diese der unverschuldeten in Not geratenen Familie zu erhalten. Gewerkschaft König Ludwig. (Namen unleserlich).“

**Jede Viktor I und II.** Welche Folgen es für die Arbeiter haben kann, wenn sie sich über Mißstände beschwerten, zeigt folgender Fall. In Flöz Präsidenz, Ort 3/4, erster Berg, hatte sich in einem neu angelegten Ueberbau Feuer angezündet. Ein Verbauer der Nachtschicht hatte den Steiger darauf aufmerksam gemacht, worauf sich dieser entsetzte, ohne eine Antwort zu geben. Nach einigen Tagen wurden dieser Verbauer und sein Kamerad in eine Steinstraße verlegt und die Beamten widmeten ihnen eine ganz besondere, nicht gerade liebenswürdige Aufmerksamkeit. Der Obersteiger Bias bezeichnete die beiden Kameraden ohne jeden Grund als Faulenzer und bot ihnen die Entlassung an. Dabei erklärte er ihnen, sie sollten nur die bergpolizeilichen Vorschriften befolgen, die Bewalung müßte dieselben auch befolgen. Damit aber nicht genug wurde den beiden Kameraden am 15. Dz. gekündigt. Als der Steiger dem Fabrikier Weg von dieser Kündigung Mitteilung machte, erklärte dieser: „Aha, das sind ein paar von den sogenannten Weisern, die sich zu Arbeiterkontrolleuren ausbilden wollen. Wie „unparteiisch“ die Beche den beiden Kameraden gegenüber verfuhr, ergibt sich auch daraus, daß jeder mit 3 Mk. bestraft wurde, weil sie ein Holz gekürzt und nicht gleich mit Spigen vergoren hatten. Dagegen wird, etwa 40 Meter von dieser Arbeit entfernt, eine Verbindungsstrecke von einem Bremsberg zum andern mit Holzstützen ausgebaut. Die Strecke wurde aber, bevor die Holzstütze gesetzt wurden, vollständig durchgetrieben, so daß eine Fläche von 10-15 Quadratmeter nicht verbaut war. Die vorhergehenden war, gingen die unverbauten Stellen und noch 8 Meter im neuen Berg dann auch eines Tages zu Bruch und es ist als ein Glück zu betrachten, daß dabei keine Menschenleben vernichtet wurden. Daß die Arbeiter hier bis jetzt noch ungeschädigt geblieben sind, wurde entsetzt und die Arbeiter mit zusammen 9 Mk. bestraft, daß

aber in der genannten Verbindungsstrecke eine Fläche von 10 bis 15 Quadratmeter unverbaut geblieben war, sah man aufsehend nicht. In Flöz Präsidenz und auch an anderen Stellen wird schlecht verbaut, aber das sieht man anscheinend nicht. Das Fehlen der vier bis sechs Spigen aber wurde bemerkt und unachtsamlich gehandelt. Was sagt dazu die Bergbehörde?

**Jede Viktor, Schacht I u. II.** Wohin man sieht, bestehen auf diesen Flöz Mißstände. Sehen wir uns mal erst über Tage um. In der Raue ist es so dunkel, besonders des Morgens und Abends, daß man sich nur auf das Tagelicht verlassen kann. Da die Raue umgearbeitet wird, und überall Eisen, Bretter und sonstige Gegenstände unterliegen, tritt dieser Unbestand besonders schärf hervor. Wie leicht ist es möglich, das einer mit nackten Füßen an einen solchen Gegenstand stößt, die Beche oder auch ein anderes Glied ist dadurch gebrochen. Sodann mühte dafür Sorge getragen werden, das sämtliche Wasserdräusen ordentlich laufen, wenigstens an den Stellen, wo die Raue nicht repariert wird. Es sind höchstens fünf Drausen vorhanden, die ordentlich laufen, und an diesen drängen sich die Kumpels in Haufen herum. Sodann könnte die Zeit der Lampenausgabe des Mittags etwas länger ausgedehnt werden. Die Seilfahrt beginnt um 2 Uhr bis 2 1/4, vor aber um 2 Uhr noch nicht ungeladet ist, erhält keine Lampe mehr. Es wäre doch noch zeitig genug, wenn die Ausgabe bis 2 1/4 Uhr angesetzt würde, denn der Weg von der Lampenbude bis zum Schacht sind nur ein paar Schritte. Jetzt wollen wir uns in der Grube mal ansehen, wie es da ausseht. Vorerst zur Seilfahrt. Bei dieser passiert es sehr oft, daß die Tritzen am Kopf nicht geschlossen werden, wie leicht hierdurch ein Unglück geschieht, wird jedem einleuchten. Auch steht ein Anschlag im Fenster, wonach die Reuber 8 und 7 an Schacht I ein- und ausfahren sollen, aber die meisten Kumpels können dieses nicht beherzigen, sondern verlegen ihre Ein- und Ausfahrt nach Schacht I. Es wäre sehr zu wünschen, daß hier für Aufsicht gesorgt würde, daß dieses nicht geschähe. Den Kameraden aber rufen wir zu, halter selbst auf Ordnung. Sodann befragt sich der Arbeiter W. eines Tages, wie er nicht anebracht ist für einen gebildeten Menschen. Schrieb er doch zwei Reparaturarbeiten der Nachtschicht am 18. bis Monats auf einen Stempel: „Die Nachtschicht hat gefaulenzt!“ Aber daß er diesen Leuten das Wort nicht immer vor die Arbeit liefert, sondern dieselben sich dasselbe viel lieber aufzusuchen müssen, schrieb er nicht dabei. Angebracht wäre es für diesen Herrn, daß er gefüllte Abortschüssel durch seine Arbeit ließe. Jetzt mal zum Strafwesen, welches hier in voller Blüte steht. Wer gezwungen ist eine Schicht zu feiern, oder willkürlich feiert, kommt mit 2,50 Mk. und darüber aus. Und muß der Arbeiter, welcher mit oder ohne Erlaubnis eine Schicht gefeiert hat, eine Beknechtigung seines Angelegten andern Tages beibringen, sonst erhält er keine Karte. Dieses zeigt so recht die Abhängigkeit der Arbeiter. Ebenfalls wird jeder Lehrgänger wie Bauer des Bechels bestraft, in dessen gefülltem Wagen eine Spige gefunden wird. Wie rigoros dieses ist, wollen wir an folgendem Beispiel zeigen: In verschiedenen Betriebspunkten müssen die Wagen mittels einer Spige gerammt werden, der Lehrgänger nimmt, wenn er unten angelangt ist, die Spige und legt sie in den leeren Wagen, vergißt er nun, dieselbe, wenn er vor der Arbeit angelangt ist, herauszunehmen, ist das große Verbrechen fertig. Die Strafe von 1,50 Mk. pro Bauer folgt auf dem Fuße. Wie man aus Vorstehendem ersehen kann, ist dieser Müll kein Eldorado für die Arbeiter, Stoffe die Verwaltung vielleicht vor einigen Monaten, als sie unsern Vertrauensmann von Habinghorst magregelte, die Mißstände würden nicht mehr in der Öffentlichkeit, kritisiert?

## Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Borth (St. Moers).** Zu unserer Notiz in Nr. 4 erhalten wir von dem Deutschen Solvan-Werte unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Verächtigung: „In Nr. 4 vom Jahre 1900 brachten Sie einen längeren Aufsatz über die mutmaßliche Todesursache, des am 10. Januar d. J. verstorbenen Schlegers Peter Wälders in Borth, Mitglied der Belegschaft der auf der Bergwerkantlage Borth der Deutschen Solvan-Werte Aktien-Gesellschaft mit dem Nutzen eines Gefrierkühlschrankes beschäftigten Firma Tiefbau- und Kälte-Industrie-Aktien-Gesellschaft, vormals Gehhardt & König in Nordhausen. Sie sagen u. a.: „Bei den Kameraden steht es fest, daß der Tod das Opfer der gütigen Güte ist.“ Die Leidenschaft und die weitere amtliche Untersuchung haben einwandfrei ergeben, daß der Tod Wälders mit dem Betriebe nicht im Zusammenhange steht. Hochachtungsvoll! Name unleserlich.“

## Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippen.

**Gewerkschaft Hohenollern.** Einem Kamerad, der nach seiner überstandenen Krankheit vorerst über Tage beschäftigt werden wollte, weil ihm die Arbeit in der Grube zu schwer war, wurde hier gekündigt, trotzdem er 12 Jahre auf diesem Werke gearbeitet hatte. Als der Kamerad den Betriebsführer bat, er möchte ihm doch Arbeit überlassen geben, erklärte dieser: „Ja habe keine Arbeit für sie, ihre Papiere können sie kriegen, denn sie haben schon lange in meinen Papieren als minderwertiger Arbeiter gestanden. Auf der 680-Meterstufe wurde ein Arbeiter, der während der Arbeit austreten mußte, mit zwei Mark wegen Faulheit bestraft. Steiger E. bestrafte die Arbeiter bei jeder Kleinigkeit als Lümmel. Auf der 680-Meterstufe müssen die Arbeiter ihr Gewerbe die Fahrten herauftragen; selbst die fünf Meter langen Bohrer müssen mitgeschleppt werden.“

## Provins Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

**Groß-Räthen (Niederlausitz).** Zu unserer Notiz in Nr. 1 erhalten wir vom Niederlausitzer Kohlenwerk folgende Verächtigung: „Wir erlauben Sie folgendes in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen: In der Nr. 1 Ihrer Zeitung vom 2. Januar d. J., Seite 5, brachten Sie einen Bericht über Mißstände in der Brüttsfabrik der Höflicher Werke bei Senftenberg, die im Besitze der unterzeichneten Gesellschaft ist. Am Schluß dieses Berichtes machen Sie den Herrn Bergverwalter auf „diese Zustände“ aufmerksam. Der Herr Bergverwalter hat darauf „diese Zustände“ untersucht und uns am 9. Februar mitgeteilt, daß sich laut Protokoll vom 4. Januar bei der Untersuchung und Vernehmung der beteiligten Personen die Grundlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen ergeben hat, und daß er uns anheim stellt, wegen der in dem Artikel enthaltenen Bemerkung: „Oder pfeift die Verwaltung auf solche Verordnungen, wenn es gilt, den Profit zu steigern?“ Strafantrag gegen die Redaktion zu stellen. Indem wir uns weitere Schritte vorbehalten, fordern wir zunächst die Veröffentlichung des Vorstehenden. Niederlausitzer Kohlenwerke. Gentschel.“ — Wir erlauben unseren Gewährsmann, sich hierzu zu äußern.

## Königreich Sachsen.

**Leipzig-Böhmischer Braunkohlenwerke.** Unser Obersteiger kann die Kritik sehr schlecht vertragen und verlangt von vollständig unbeteiligten Kameraden, die mit der Kritik in der Zeitung nichts zu tun haben, daß sie eine Verächtigung einbringen sollen. Infolge der hohen Befehlsgewalt macht sich der Wagenmangel recht fühlbar. Dieses ließe sich aber leicht dadurch abändern, daß das Holzgehänge nach der Schicht vorgenommen wird. Die Wetterführung dürfte die Berginspektion auch mal einer Revision unterwerfen.

## Zu einer machtvollen Demonstration,

wie sie in der Bergarbeiterbewegung nur unser Verband in die Wege zu leiten vermag, gestalteten sich die am Sonntag in den Bergrevieren Deutschlands einberufenen Bergarbeiterversammlungen. In Massen waren die Bergarbeiterbataillone aufmarschiert, um wuchtigen Einspruch zu erheben gegen die Fassung der neuen preußischen Vergesetzungsstelle wie gegen die drohende Kohlensteuer. Vor allem aber sollten die einberufenen Bergarbeiterversammlungen bekunden, ob die vom Bergarbeiterkongress in Berlin gefaßten Beschlüsse dem Willen der Bergarbeiter entsprechen oder nicht. Das war eine Vertrauensfrage für die Haltung des Bezirksvorstandes in der Frage des Kongresses, wie wir sie uns nicht prächtiger denken können. 78 Bergarbeiterversammlungen waren einberufen worden. Zeit- und Referenzmangel veranlaßten den Verhandlungsvorstand, weitere Wünsche auf Versammlungsveranstaltungen für diesen Sonntag zurückzuweisen. Doch lassen wir die Berichte, soweit sie bis Montag mittag in unseren Händen waren, selber für sich reden.

Auf dem alten Schützenhof zu Bochum hatten sich weit mehr als 4000 Bergarbeiter eingefunden. Hier sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Reinert. Die Versammlung bereitete ihm bei seinem Erscheinen eine stürmische Ovation, ein Zeichen, wie schnell sich Reinert

durch sein Eintreten für die Bergarbeiter im preußischen Landtage deren Herzen gewonnen hat. Und als Reinert auf dem „Schützenhof“ seine Rede beendete, wollte der Beifall kein Ende nehmen. Was würde geschehen, wenn sich die einrichtigen Bergarbeiter und jetzigen preußischen Abgeordneten J m b u s c h und B r u s t im „Schützenhof“ zu Bochum der Öffentlichkeit stellten?

In Essen West sprach S a c h s e im Postfischen Lokale vor überfüllter Versammlung. Ueber 1500 Personen waren anwesend. Die Christlichen hatten hier die „Internationale“ von Essen antreten lassen. Das heißt, sie suchten durch die bekannte Essener Sprengkolonne, bestehend aus Metallarbeitern, Schuftern, Schneidern, Bergarbeitern usw. die Versammlung zu sprengen. Der Redakteur J m b u s c h wie der christliche Sekretär Steeger führten das Aufgebot, aber nicht zum Siege! Die gehässigen, mit peribulichen Ausfällen gespickten Redensarten J m b u s c h's gefielen der Versammlung derartig, daß sie J m b u s c h nicht mehr hören wollten. Verärgert zogen J m b u s c h und seine Komplizen vorzeitig von dannen unter Beifall der Verbleibenden. Das schönste war, daß die Herrschaften sich brüsteten, die Majorität der Besucher auf ihrer Seite zu haben, aber als sie ausdrückten, folgte nur die Sprengkolonne in einer Stärke von 150 Mann. Die übrigen folgten mit großer Begeisterung den weiteren Ausführungen des Referenten.

Überfüllt waren auch die beiden Versammlungen auf der „S o b e r t s - b u r g“ in D o r t m u n d wie bei Kampmeier in H e r n e, wo der Reichstagsabgeordnete C m m e l referierte. Auf der Sobertsburg waren 2000, in Herne 1200 Mann versammelt. Weitere Versammlungen fanden im Ruhrbeden statt, in B r e c h t e n (Besucherzahl 450); M a s s e n (350); H e r t e n (1000); B r a d e l (400); P a u l a u (600); L i n d e n (500). In Linden sprach ein christlicher Gewerkschaftler gegen die Regierungsvorlage im Sinne der Berliner Kongressbeschlüsse! In W e n n i n g h o f e n betrug die Besucherzahl 500, in W e r c h 500, E i c h l i n g h o f e n 500, L i n e n - S ü d 650, S o m b r u c h 500. Hier bemühte sich Schöler vom Gewerksverein die Stellungnahme des Gewerksvereins zu rechtfertigen, ohne auf Gegenliebe zu stoßen. Die Versammlung in Lütgen - v o r t m u n d war von 1000, die an der Station Lütgendortmund von 400 Bergarbeitern besucht. In H e e r e n waren 600 Bergarbeiter versammelt, in M e n g e d e 500, in D r u c h h a u s e n 600, in M i l l e t e m 200, in D u r c h h o l z 100, in K r u c k e l 500, in S o f e b d e 200, in W a t t e n s c h e i d 1000, in H e i c h e n 400, in F l e r e 700, in P l e r b e d 400, H o c h s e i d e 350, N i e d e r - B o n s f e l d 90. In H e r n e traten von den anwesenden christlichen Gewerksvereinsmitgliedern 10 Mann sofort zum Verbands über. In R e d l i n g h a u s e n betrug die Zahl der Versammlungsbesucher rund 600. Der Zeugnissabgeordnete Bergmann Hermann suchte die Versammlung zu provozieren. Die lebhafteste Diskussion setzte dem Herrn derartig zu, daß sich gegen die vorliegenden Resolutionen auch nicht eine Hand erhob. Von den übrigen im Ruhrbeden stattgefundenen Versammlungen haben wir bis zur Stunde noch keine Nachrichten.

Die Resolutionen fanden überall einmütige freudige Zustimmung und wo sich christliche Gewerksvereinsmitglieder in größerer Zahl eingefunden hatten, da haben sie wohl für aber nicht gegen die Entschlüsse der Versammlungen gestimmt. Die Gegenversammlungen des Gewerksvereins sind kärglich gescheitert. Die Gewerksvereinsführung wird wohl selbst fühlen, daß sie mit ihrer Stellungnahme nur noch solche Bergarbeiter für sich hat, die im blinden Fanatismus auf alles, was zentrumsseitig kommt, eingeschworen sind. Die Gewerksvereinsmitglieder, die sich klare Überlegung einigermaßen gesichert haben, sind von den Sprüngen der Gewerksvereinsleitung sicher nicht begeistert. Das dürfte den Gewerksvereinsführern sogar inmitten ihrer besten Hochburg im Ruhrbeden, im Dorf Vortrop, klar geworden sein, wo sie am Mittwoch voriger Woche eine Bergarbeiterversammlung einberufen hatten. Erschienen waren 14 Referenten der Landtagsabgeordnete J m b u s c h und Effert. Ihnen im Potorny vom Verbands entgegen. Als J m b u s c h das Schlusswort zu Ende geführt hatte, waren es von den mehr als 300 christlichen Bergarbeitern keine 30, die ihrem Führer noch Beifall spendeten. Die übrigen Gewerksvereinsmitglieder hielten sich kühl zurück. Potorny, nur anfänglich gestört, ließ man ruhig reden. Und das will schon etwas für Vortrop heißen. Von H e r n e ist noch nachzuholen, daß ein Bergarbeiter Wadzung sich als Weiber entpuppte. Wadzung hat schon in allen Farben geschillert. Wir empfehlen ihn den Wertschätzern.

Aus Mitteldeutschland erhalten wir folgende Nachrichten. In A l f e r s l e b e n war die Versammlung von 200 Mann, in B e r u - b u r g von 150, in E g e l n von 120, in S t a f f u r t von 100 und in G e r m e r s l e b e n von 120 besucht. Außerdem fanden in diesem Gebiet noch Versammlungen statt in V a r b y, C a l b e, C r o p p e n s t e d t und A l g e r s l e b e n.

In D e u t s c h e n t h a l im Haller Revier war die Versammlung von 225 Bergarbeitern besucht, in S c h r a p l a u von 400, in C l e t w i g (Brandenburg) 300 und Senftenberg gleichfalls von 300 Bergarbeiter. Gemeldet wird uns, daß die Versammlungen in Hüttenleben und A n s - l e b e n sehr gut besucht waren und daß Versammlungen auch in Wronau Hannover, und Winningshausen am Deister und Sülbred stattfanden. In letzterer Versammlung waren 150 Personen anwesend.

Die Versammlungen im R ö d n e r R e v i e r waren bis auf die in K e r p e n schlecht besucht. In diesem so abgelegenen Ort des rheinischen Braunkohlenreviers aber hatten sich 100 Kameraden eingefunden. Christlichereits war der Sekretär Dedebroch aus Köln erschienen, der durch persönliche und unsachliche Angriffe es denn auch soweit brachte, daß in der Versammlung ein ganzer Teil Uebertritte aus dem Gewerksverein in den Verband erfolgten.

In W a c h e n R e v i e r fanden Versammlungen statt so in W a c h e n, welche von 300 Bergarbeitern besucht war. Es herrschte eine lebhafteste Stimmung. Mehrere Uebertritte aus dem Gewerksverein und eine Anzahl Neuaufnahmen waren der Erfolg der Versammlung. In S c h w e i l e r war die Versammlung von 200 Mann und im p r o c h - s w a r z e n W i r f e l n gleichfalls von 200 Mann besucht. Hier wurde die Resolution gegen die Kohlensteuer einstimmig, die andere gegen die Stimmen einer Anzahl Christlichen angenommen.

In U l t e n b u r g war die Versammlung von 1500 Bergarbeitern besucht. Es herrschte eine großartige Stimmung. Ebenso hatten sich im benachbarten Z e i t z auf der Wilhelmshöhe 1600 Besucher eingefunden.

In Z a b o r z e - O b e r s c h l e s i e n waren in der Versammlung 500 Bergarbeiter erschienen.

Aus W a l d e n b u r g - N i e d e r s c h l e s i e n meldet uns ein Telegramm, daß zwei große Straßendemonstrationen in W a l d e n b u r g und G a t t e s b e r g stattfanden. 6000 Bergarbeiter beteiligten sich an der Demonstration, die ruhig verlief, aber ein ungeheures Aufsehen hervorrief. Es fanden fünf große öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, die trotz der großen Hitze sämtlich überfüllt waren. In R u n z e n b e r g bei Nenrode hatten sich 300 Kameraden versammelt.

Aus dem K ö n i g r e i c h S a c h s e n wird uns gemeldet, daß die Versammlung in B o r n a (Braunkohlenbeden) 300 Besucher aufwies. Die Z w i d a u e r Bergarbeiter hatten zwei Versammlungen einberufen, die von mehr als 2000 Bergarbeitern besucht waren. Sie referierte.

In L u g a u - D e i t s c h e n R e v i e r fanden Versammlungen statt in S o h n d o r f mit 1200 Besuchern und in L u g a u mit 1000 Besuchern. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Massen an der Wohnung des Abgeordneten F a c i u s vorbei und brachten



Schritte auf das Reichsberggesetz aus. Die Demonstration verlief in voller Ruhe.

Somit die Meldungen, die uns zugegangen sind. In allen Versammlungen fanden, bis auf die oben bezeichnete, folgende Resolutionen einstimmige Annahme:

Resolution I.

Die heute in ... tagende von ... Resolutionen besuchte Bergarbeiter-Versammlung spricht ihr volles Einverständnis aus mit den einstimmigen Beschlüssen des Bergarbeiterkongresses, welcher vom 1. bis 3. Februar l. J. in Berlin tagte.

Das in der genannten preussischen Berggesetzkommission vorgeschlagene System der Sicherheitsmänner ist und kann kein durchgreifendes Heilmittel sein, sondern wird sich als ein Schlag ins Wasser erweisen.

Resolution II.

Die heutige in ... tagende Bergarbeiter-Versammlung erklärt sich mit Entschiedenheit gegen den von agrarischer Seite gemachten Vorschlag, zur Vermeidung des Reichsfinanzdefizits eine Kohlensteuer (50 Pf. pro geförderter Tonne) einzuführen.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Im Kammerbezirk XVII (Oberhausen) und IX (Duisburg) finden am 15. März die Weisigerwahlen zum Berggewerewahl statt. Eine amtliche Bekanntmachung des Wahltermins ist unseres Wissens bisher nicht erfolgt.

- 1. Wahlbezirk: Bürgermeisterei Sterkrade östlich der Bahn von Oberhausen nach Weisel.
2. Wahlbezirk: Bürgermeisterei Sterkrade westlich der Bahn von Oberhausen nach Weisel.
3. Wahlbezirk: Stadtkreis Oberhausen nördlich der ehemals Köln-Mindener Eisenbahn von Dortmund nach Duisburg.

- 1. Wahlbezirk: Bürgermeisterei Dinslaken, Walsum und Götterswiderhamm.
2. Wahlbezirk: Bürgermeisterei Hamborn östlich der Provinzialstr. von Neumühl nach Dinslaken und nördlich der Straße von Weed nach Sterkrade.

- 6. Wahlbezirk: Bürgermeisterei Hamborn, östlich der Straße von Neumühl über Jechte Neumühl, Schacht I, nach Hosten.
7. Wahlbezirk: Bürgermeisterei Hamborn westlich der Provinzialstr. von Neumühl nach Dinslaken, südlich der Straße von Weed nach Sterkrade und nördlich der Straße von Wasserturm Hamborn nach Weed.
8. Wahlbezirk: Stadtkreis Duisburg-Ruhrort des Stadtkreises Duisburg.

Mit Zechenhilfe geklagt

hat der Zentrumsvereiner bei der Berggewerewahl am 14. Dezember v. J. im Wahlbezirk B, Alteneffen, Sektion B mit nur 12 Stimmen Mehrheit. Der „Bergknappe“ nannte diesen „Sieg“ mit Zechenhilfe eine anerkannter Leistung.

Franz Behrens gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Du Franz Behrens es mit den Aufgaben eines Gewerkschaftsführers nicht ganz ernst nimmt, ist ja bekannt. Dieser Mann hat sich schon berattig aufgestellt, daß für ihn ein Platz bei den Unternehmerverbänden besser angebracht ist, als bei einer Arbeiterorganisation.

Zu den alten gewerkschaftlichen Verhältnissen tritt jetzt eine neue hinzu: Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Reichstage einen Antrag eingebracht, worin die Regierungen ersucht werden, dem Reichstage baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches das Vertragsverhältnis zwischen den in landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und ihren Arbeitgeber sowie das Vertragsverhältnis des Gesindes und deren Arbeitgeber durch reichsgesetzliche Vorschriften geregelt wird.

Bottrop II. Der Wirt Grosebeck von hier sieht die organisierten Arbeiter nicht gern in seinem Lokal und hält es auch nicht für nötig, ihnen sein Lokal zu Veranlassungszwecken zu überlassen.

Duisburg-Meiderich. In der Nr. 6 des „Bergknappen“ verdrängten die hiesigen „Christen“ unsern Knappschaftsältesten Schuhmacher, indem sie ihm unter anderem unterzögen, er solle veranlaßt haben, daß frankfreiende Mitglieder seitens der Knappschaftsliste bestraft wurden.

Rünen-Nord. Laut Beschluß des Gewerkschafts-Kartells Linen ist über die Wagenbroche Wirtschaft der Boykott verhängt worden.

Necklinghausen. Daß der Bergarbeiterverband im Hinterland gut vorwärts marchiert, beweist die Jahresabrechnung der Zahlstelle Necklinghausen-Altstadt. Die Gesamtsumme betrug im Jahre 1908 16 236,90 Mk., im Jahre 1907 13 175,30 Mk.

Verbandsnachrichten.

Für die Ruhenreviere liegt bei den Zeitungspaketen die Broschüre „Bergarbeiterleben in Deutschland“. Die Zeitungsboten werden ersucht, dieselbe sofort an den Vertrauensmann abzugeben.

An unsere Bezirksleiter!

Wir ersuchen diejenigen Bezirksleiter, die uns bis jetzt die Einsetzung der Wahlfreisteinsetzung für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung noch nicht haben zugehen lassen, dieses sofort zu bewerkstelligen, damit wir die Veröffentlichung vornehmen können.

Damborn. Das Rechtsbüreau befindet sich ab 1. März 1909 Gde. Annenberg, und Alleestraße, bei der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“.

Krankengeldzahlung.

Schmidthorst. Krankengeld wird jeden Mittwoch in der Wohnung des Kassierers P. A. Schillstraße 33a, ausgezahlt.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

- Wattenscheid I. Vom 1. bis 25. März.
Castrop. Vom 15. bis 30. März.
Bödinghausen. Im Monat März.
Kochlarmark. Vom 10. bis 26. März.
Samen I. Vom 15. März ab.
Obercastrop. Vom 1. bis 15. März.

Kranzpendenmarken.

Castrop. Alle drei Monate wird eine Kranzpendenmarke à 10 Pfg. geklebt. Die erste Marke wird für März geklebt.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Röngshütte und umliegende Zahlstellen. Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr. Vorträge über Arbeiterbewegung und Sozialpolitik.

Jeden Sonntag nach dem 1. des Monats: Groß-Hettingen. Nachmittags 4 Uhr, in der Wirtschaft des Herrn Paradies.

Jeden Sonntag nach dem 5. des Monats: Hüll. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus des Herrn E. Zahn, Hülliger Bier.

Jeden ersten Sonntag im Monat: Alteneffen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokal des Herrn Hülshoff.

Greene. Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn Albert Brodtmann.

Wattenscheid I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Hülshoff.

Wattenscheid II. Nachmittags 5 Uhr, im Lokal des Herrn Hülshoff.

Wattenscheid I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Hülshoff.

Wattenscheid I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Hülshoff.

Wattenscheid I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Hülshoff.

Wattenscheid I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Hülshoff.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.







Ort	Brutto-Einnahme	Darunter sind:					Ort	Brutto-Einnahme	Darunter sind:					Ort	Brutto-Einnahme	Darunter sind:				
		Jugendbeiträge	Jugendbeiträge	Eintrags-geld	Abome-nungsgeld	Orts-verbrauch			Jugendbeiträge	Jugendbeiträge	Eintrags-geld	Abome-nungsgeld	Orts-verbrauch			Jugendbeiträge	Jugendbeiträge	Eintrags-geld	Abome-nungsgeld	Orts-verbrauch
Niederprockhövel	8888,40	100,00	13,20	19,00	255,60	1225,00	Geiftenberg III	2424,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	802,75	Bischplau	847,80	12,00	4,50	2,00	110,00
Nienstedt	1753,10	10,40	1,00	1,50	223,00	223,00	Geidewitz	124,80	8,50	8,50	8,50	8,50	8,50	15,45	Bichornegossa	474,10	1,00	1,00	1,00	50,00
Niederbächen	1212,20	20,00	1,50	1,50	13,50	35,50	Suderswich	3100,70	10,20	58,50	63,00	410,85	Eintragsmitglieder	448,00	66,00	1,00	1,00	1,00		
Neu-Hain	305,40	1,50	1,50	3,50	3,50	3,50	Bezirk Saarabien I	98,10	1,00	2,00	7,50	18,00	<b>Bezirk Sugaun.</b>							
Neu-Hof	25,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	Bezirk Saarabien II	4301,20	4,00	380,00	4,00	530,35	Wernsdorf	1905,00	24,40	8,00	1,00	257,45		
Nieder-Weißstein	510,10	4,00	4,00	7,50	64,00	64,00	Gillbede	830,00	4,70	10,00	10,00	105,30	Werbard	13821,00	250,00	105,00	41,00	1830,00		
Oberhausen I	4377,80	04,70	17,00	78,50	596,05	696,25	Gillbede	3484,40	48,40	14,00	52,00	402,45	Werna	140,00	11,50	11,50	11,50	18,45		
Oberhausen II	3257,40	40,00	28,50	118,00	442,85	442,85	Schmidthorst	8847,00	42,00	97,50	108,50	1154,15	Wernschort	1320,00	21,70	4,00	0,00	178,00		
Oberhausen III	1472,10	28,00	10,00	24,50	198,30	198,30	Schöler	6400,60	60,30	45,50	51,00	851,75	Wichstein	7725,35	54,20	20,00	57,00	1003,00		
Oberhaus. Sekretariat	30,50	2,00	2,00	2,00	13,80	13,80	Schwarzwalbau	2624,40	43,60	8,50	17,50	474,65	Sugaun	5475,70	118,00	25,00	42,00	723,05		
Oelheim	1147,00	21,50	21,50	13,80	118,55	118,55	Schwerterheide	1090,00	30,70	4,00	22,50	144,10	Wittoldorf	905,00	1,00	1,00	1,00	76,55		
Oelzsch	931,00	0,00	13,50	50,00	118,55	118,55	Steele	5045,70	65,50	21,20	37,50	682,05	Wundorf	1621,00	19,00	7,00	1,00	210,40		
Obernassen	3615,00	21,00	42,50	107,00	477,55	477,55	Stekrade I	1485,20	25,00	12,00	24,00	206,65	Niederrhein	445,80	77,00	34,50	0,50	580,40		
Obersprockhövel	4071,00	72,50	9,50	9,00	626,55	626,55	Stekrade II	2081,20	13,00	8,00	19,00	268,25	Reumühle	1170,00	4,00	6,50	1,00	140,00		
Obermarxloh	15008,20	48,10	170,00	169,50	1090,05	1090,05	Stedten	3061,40	31,00	31,00	31,00	381,90	Reuthal	927,10	40,00	4,50	10,00	182,45		
Ober-Gastrop	3507,30	30,70	25,00	38,00	465,75	465,75	Steinach	830,00	30,80	4,00	5,00	58,20	Reuthal	2300,20	37,00	15,40	32,00	314,00		
Oberbächen	1840,30	15,40	12,20	22,00	55,50	55,50	Steinbach	357,70	10,50	10,50	10,50	44,30	Riedersdorf	60,70	19,70	1,50	1,50	150,10		
Obernöhren	2316,00	20,00	8,00	7,00	300,70	300,70	Stiepel	4987,00	171,30	18,50	118,50	708,00	Reinwig	13440,00	280,00	65,40	81,50	1700,25		
Obernöhren	1033,10	24,50	24,50	0,00	205,10	205,10	Stigum	2804,00	92,50	5,30	21,00	402,05	Oberlungwitz	897,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Oberöblingen	6283,00	124,00	64,40	30,50	860,80	860,80	Stokum	6709,80	98,50	35,50	26,00	904,45	Oberlungwitz	891,00	5,50	0,00	5,50	114,30		
Oespel I	1631,20	10,50	7,00	18,50	204,30	204,30	Stoppenberg I	4588,10	77,00	64,00	95,00	617,75	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Oespel II	59,20	2,00	2,00	2,00	7,95	7,95	Stoppenberg II	675,00	18,30	4,50	5,50	92,15	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Otholz	1048,90	30,70	15,00	15,00	225,00	225,00	Stuckenbusch	542,80	7,50	7,50	7,50	67,00	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othfels (S.)	3613,80	21,00	40,50	47,50	468,25	468,25	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	75,00	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othfels (Halle)	322,50	0,00	0,00	4,50	118,20	118,20	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	11,20	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	545,50	80,00	0,00	0,00	625,50	625,50	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	15,16	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	40,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	250,00	10,10	0,00	0,00	35,80	35,80	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	4080,40	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	615,00	0,00	14,50	0,00	76,55	76,55	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	424,15	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	0870,00	142,00	128,00	21,50	1905,55	1905,55	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	654,65	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	1023,00	58,50	15,00	6,00	58,75	58,75	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	137,25	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	629,80	37,00	6,00	13,00	40,80	40,80	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	139,20	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	784,00	5,00	4,00	54,00	90,85	90,85	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	181,05	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	811,70	0,40	13,50	13,00	105,45	105,45	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	442,05	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	145,00	0,00	1,50	0,00	18,15	18,15	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	46,50	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	320,00	0,00	0,00	0,00	4,00	4,00	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	921,90	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	3490,30	85,00	20,00	2,00	88,50	474,00	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	105,30	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	120,00	0,00	0,00	0,00	16,05	16,05	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	128,70	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	5881,80	33,10	14,80	19,00	21,50	752,95	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	26,15	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	3725,10	28,10	7,00	47,50	487,75	487,75	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	14,25	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	258,00	7,50	0,00	2,50	24,45	24,45	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	192,50	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	1820,40	9,00	11,00	0,00	230,55	230,55	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	402,20	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	401,40	0,00	0,00	0,00	50,00	50,00	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	687,80	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	10280,00	61,80	80,00	171,00	2001,00	2001,00	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	181,20	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	9290,00	95,00	15,20	80,50	1202,30	1202,30	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	145,00	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	1978,00	28,20	24,20	8,50	18,00	18,00	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	288,00	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	2058,20	17,00	0,00	0,00	330,55	330,55	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	126,55	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	254,20	0,00	0,00	14,00	34,00	34,00	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	149,00	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	553,00	3,50	2,20	8,00	73,80	73,80	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	1748,00	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	5780,00	70,40	85,50	83,50	767,20	767,20	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	1537,85	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	12130,80	215,10	21,20	35,00	1612,35	1612,35	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	1060,35	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	677,50	3,80	10,00	8,50	87,35	87,35	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	20,30	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	25,80	0,00	2,50	0,00	3,10	3,10	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	7,05	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	1065,00	0,00	23,00	11,50	132,55	132,55	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	193,00	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	3480,80	21,50	11,50	437,70	437,70	437,70	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	044,65	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	800,00	9,50	6,50	102,10	102,10	102,10	Saldersdorf	0,00	0,00	0,00	0,00	1570,45	Oberlungwitz	5077,20	14,00	0,00	0,00	114,50		
Othleben	1700,40	15,00	0,00	213,00	213,00	213,00	Saldersdorf	0,00	0,00											



